

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: S.M. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 21. September 1909.

Expedition: S.M. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

**Abonnements-Bedingungen:**  
Abonnement-Preis pränumerando:  
Sitzrecht 3,00 RM, monatlich 1,10 RM,  
wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.  
Eingelagerte Nummer 5 Pf. Sonntags-  
nummer mit illustrierter Sonntags-  
beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-  
abonnement: 1,10 Mark pro Monat.  
Eingetragen in die Post-Bestellungs-  
liste. Unter Abrechnung für  
Deutschland und Österreich-Ungarn  
2 Mark, für das übrige Ausland  
3 Mark pro Monat. Postabonnements  
nehmen an: Belgien, Dänemark,  
Schweden, Italien, Ungarn, Portugal,  
Rumänien, Schweden und die Schweiz.

**Die Insertions-Gebühr**  
Bekannt für die hochgehaltene Annon-  
ze oder deren Raum 50 Pf. für  
politische und gewerkschaftliche Vereins-  
und Bekanntmachungs-Anzeigen 20 Pf.  
„Kleine Anzeigen“, das erste (voll-  
gedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere  
Wort 10 Pf. Stellenangebote und Schief-  
stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf.,  
jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über  
15 Buchstaben zählen für zwei Worte.  
Preise für die nächste Nummer müssen  
bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition  
abgegeben werden. Die Expedition ist  
bis 7 Uhr abends geöffnet.  
Telegramm-Adresse:  
„Sozialdemokrat Berlin“.

Erscheint täglich außer Montags.

## Leipzig im Spiegel der bürgerlichen Presse.

Nachdem wir unsere eigene Meinung über den Parteitag gesagt haben, geben wir heute — die Stimmen der Parteipresse liegen in geringer Zahl vor — einer Anzahl bürgerlicher Blätter das Wort. Wir können natürlich bei der Masse dieser Stimmen nur eine beschränkte Auswahl typischer Stimmen geben. Bei dieser Auswahl liegen wir uns von dem Grundjahz leiten, nur solche Äußerungen zu geben, aus denen die Partei etwas lernen kann. Dumme polternde und alberne höhrende Stimmen haben wir ausgeschlossen und nur solche Äußerungen wiedergegeben, in denen sich der wirkliche Eindruck des Parteitages je nach dem politischen Standpunkt des Blattes widerspiegelt.

Es ist dabei nicht uninteressant, wahrzunehmen, wie die Urteile über den „Sieg der Revisionisten“ auseinandergehen, wenn man von links nach rechts geht. Der Links-Freisinn feiert diesen Sieg mit überschwenglichen Tönen und knüpft daran die weitgehendsten Hoffnungen für — den Liberalismus. Die freisinnigen Blätter freilich, die an politischem Einfluss etwas hinter sich haben, die „Freis. Ztg.“ und die „Beser. Ztg.“, warnen bereits vor einer Ueberschätzung der Bedeutung des revisionistischen Sieges und wollen von einer Veränderung der freisinnigen Frontstellung gegen die Sozialdemokratie nicht das geringste wissen. In dieselbe Kerbe haut die nationalliberale Presse, die von dem ja auch von ihr zugegebenen Sieg des Revisionismus doch keinerlei Vorteile für den Kapitalismus erhofft. Die konservative Presse vollends befürchtet von den revisionistischen „Schäfers im Wolfspelz“ eine womöglich noch schlimmere Bedrohung der „gottgewollten“ Ordnung, als von dem Radikalismus.

Wir glauben aus diesem Reflex der bürgerlichen Presse nur das eine feststellen zu sollen: Es wäre eine arge Illusion, von den bürgerlichen Schichten ohne Unterschied ihrer Parteifarbung dadurch irgend ein Entgegenkommen zu erhoffen, daß die Sozialdemokratie von ihren Grundätzen irgend etwas abließe. So lange die politische Vertretung des Proletariats auch nur entschieden die wirtschaftlichen Gegenwartsinteressen wahrte, würde der Block von Wiener bis Wangenheim und von Heßler bis Seydebrand ebenso unerschütterlich sein, als bei der konsequentesten Wahrung der sozialdemokratischen Grundsätze!

### v. Verlach in der „Welt am Montag“:

Immer weitere Kreise der sozialdemokratischen Arbeiterschaft überzeugen sich davon, daß der Beschluß des internationalen Arbeiterkongresses, die Waise durch Arbeitstruhe zu begeben, ein Schlag ins Wasser war. Seine Durchführung kostete zu viel Geld. Es feiert nur ein so kleiner Teil der Arbeiter den 1. Mai, daß alles andere eher als demonstrative und propagandistische Wirkung von dieser Form der Waisefer ausgeht. Deshalb wächst von Jahr zu Jahr die Zahl der Gewerkschaften und Revisionisten, die da erklären: machen wir ein Ende mit diesem Scheitern einer Waisefer! Bringt uns lieber die Arbeitstruhe mit einem lähnen Griff selber um, als daß wir sie langsam absterben lassen! Nicht weniger als drei Wahlkreise hatten offen einen dahin gehenden Antrag gestellt. So manchen gewichtigen Verteidiger fand er in Leipzig. Daß eine Reihe gerade der mächtigsten Gewerkschaften mit ihm sympathisieren, ist bekannt.

Aber noch kann sich die Partei zu dem entscheidenden Schritt nicht entschließen. Wenigstens begrifflich. Niemand gesteht offen einen Jutrum ein. Immerhin, was in Leipzig beschlossenen wurde, das bedeutet das Ende der Arbeitstruhe in absehbarer Zeit. Wäher wurden nämlich die wegen der Arbeitsruhe Ausgesperrten nur von den Gewerkschaften unterstützt. In Zukunft sollen sich Partei und Gewerkschaften in die Unterstützung teilen. Die Partei wird also am eigenen Leibe spüren, wie viel schönes Geld, das man für Wahlzwecke so gut gebrauchen kann, für Unterstützungen draufgeht. Und wie werden die Unterstützungssummen wachsen, wenn die Unternehmerverbände wissen, daß jeder am 1. Mai ausgesperrte Arbeiter eine direkte Schwächung des sozialdemokratischen Kriegsschages bedeutet! Hat erst Finanzminister Gerisch ein paarmal die Wirkung der Arbeitstruhe auf seine Kasse gespürt, so wird wohl auch der Parteivorstand in puncto Waisefer die goldene Praxis der gauen Theorie vorziehen. . . .

Leipzig bedeutet einen Wendepunkt in der Geschichte der Sozialdemokratie. Auf ungünstigstem Boden brachten es die Revisionisten fertig, zum ersten Male die Mehrheit des Parteitages darzustellen. Wäher, selbst in Nürnberg noch, waren sie, von der kompakten Masse der Süddeutschen abgesehen, ein geographisch verstreutes Häuflein. Jetzt stand die Sache umgekehrt: der Block der Radikalen war gesprengt. Selbst die Berliner, sonst der Fort des Radikalismus, waren gespalten. Getroffen traten dagegen zum Beispiel die einst überwiegend so radikalen Westfalen an die Seite der Süddeutschen. Ja, im Kampfe gegen das Zentrum lernt man praktische Politik.

### „Berliner Tageblatt“:

Der Dresdener Parteitag entschied den Kampf zugunsten des radikalen Nordens. Auf den folgenden Parteitagen fehlte es dann nicht an Versuchen, einmal die süddeutschen Sozialdemokraten in das radikalere Fahrwasser zu bugieren und besonders jedes Partieren mit dem Gegenwartsstaate als Parteiverrat zu brandmarken, in zweiter Reihe aber auch die Gewerkschaften mehr in das politische Fahrwasser hineinzu-

drängen. Doch schon in Jena und Nürnberg stellte sich heraus, daß sich weder der Süden nach preußischem Muster reglementieren ließ, noch daß die Gewerkschaften auf ihre Selbstständigkeit zu verzichten geneigt waren. Auch sprachen die Mitglieder der sozialdemokratischen Partei bei den Januarwahlen von 1907 gegen die Dresdener Taktik. Und da die Gewerkschaften von Jahr zu Jahr mehr erstarkten, so bezog sich allmählich innerhalb der Sozialdemokratie ein Prozeß der Umbildung, der seine Wirkungen auch auf die sozialdemokratische Reichstagsfraktion erstreckte. . . .

Daß sich in der Parteistimmung ein voller Umschwung vollzogen hat, das ging auch aus der Erklärung des Abgeordneten Weibel hervor, er würde für die Erbschaftsteuer auch in dritter Lesung gestimmt haben. Damit ist klargestellt worden, daß der zwanzigjährige Kampf um die Taktik innerhalb der Sozialdemokratie gegen die radikale Richtung, von der sich auch der Abgeordnete Weibel schließlich abgewendet hat, entschieden worden ist. Auch das nachträgliche Bekenntnis zu dem Taktikbeschlusse des Dresdener Parteitages ändert daran nichts. Es ist ein Streit um Worte, ob man sich schlechtweg von einem Siege des Revisionismus sprechen will, oder ob man die eigentliche Ursache in dem wachsenden Uebergewicht der gewerkschaftlichen Bewegung suchen soll. Die Hauptsache bleibt, daß die revolutionäre Phrase innerhalb der organisierten Sozialdemokratie viel von ihrem faszinierenden Zauber verloren hat. Nachdem die Parteigenossen so lange unisono auf den von Weibel prophezeiten „großen Kladderadatsch“ gewartet haben, sind sie zu der Einsicht gekommen, daß ihre wichtigste Aufgabe sein müsse, sich im Gegenwartsstaate möglichst wohllich einzurichten und deshalb auch an seiner Verbesserung im positiven Sinne mitzuarbeiten.

### „Weiser-Zeitung“:

Gerade die Anhäufung der revisionistischen Elemente innerhalb der Sozialdemokratie hat bedauerlicherweise zu den beklagenswerten und irrealistischen Hoffnungen geführt, in denen sich ein Teil liberaler Politiker wiegte, und die erst nach ernsthaftem Kampfe der maßgebenden Persönlichkeiten innerhalb der Partei endgültig ausgeremert werden konnten. Leider hat der Sieg der Revisionisten auf dem Leipziger Parteitag wiederum ein Echo dieser längst verklungenen Träume und Spekulationen aufgeweckt, dem glücklicherweise das führende Organ der freisinnigen Volkspartei sofort in der entschiedensten Weise entgegengetreten ist. Diesen Warnungen des offiziellen Parteiorgans wird man sich überall nur mit ganzem Herzen anschließen können, wo man ein aufrichtiges Interesse an der Entwicklung und Erhaltung eines reinen, von fremden Einflüssen unabhängigen Liberalismus hat. So sehr auch die persönliche Sympathie mit einigen hervorragenden revisionistischen Führern der Sozialdemokratie verständlich ist, so gehört doch jeder Part oder auch nur die leiseste Annäherung an ihre Mitglieder zu einer Unmöglichkeit. Derartige Utopien sollte man doch heute längst überwunden haben. Zwischen dem Liberalismus und der Sozialdemokratie besteht Gegenjäre, die durch angebliche vermittelnde Gruppen, wie sie für manche die Revisionisten sind, niemals überbrückt werden können. Die Entwidlung der Anhänger Vorhofs ist das beweiskräftige Beispiel dafür. Nach solchen Wiederholungen sollte heute kein wirklicher Liberaler Verlangungen haben.

### „National-Zeitung“:

Der „Vorwärts“ ist von dem Verlauf der Tagung befriedigt. Das besagt, da die Ansichten des Zentralorgans jetzt mehr als je maßgebend sind, genug — und für den Augenblick alles. Dem er läßt seinem Urteil gleich den Satz folgen, in dem wir das Gesamtresultat aller Reden der Radikalen und Revisionisten zu sehen haben: „Den Spielplan auf die Waiseferung der Sozialdemokratie ist eine bittere Enttäuschung bereitet worden.“ . . . Der „Vorwärts“ hat hier ein nicht nur wahr scheinendes, sondern innerlich wahres Wort gesprochen. Die Waiseferungsrevisionisten innerhalb der bürgerlichen Parteien, die schon Jubelhymnen über den angeblichen Sieg der Revisionisten angestimmt haben, werden um dieses Wort nicht herumkommen, das ihnen, wie auf dem Parteitage schon vorabnehmend geäußert wurde, „das Konzept verdorben hat“. Die Fanatiker der Waiseferungstheorie in den linksliberalen und freisinnigdemokratischen Kreisen sind durch den Verlauf des Parteitages in ihrer Ueberzeugung gefestigt worden, daß die Sozialdemokratie sich jetzt im Gegenwartsstaate möglichst wohllich einrichten wolle und deshalb als angenehmer Furnachbar betrachtet werden könne, mit dem man zum eigenen Vorteil freundschaftlichen Verkehr unterhalten müsse. . . .

Ein schwankendes Laufbrett ist immer eine höchst unsichere und für Leute, die sich nicht ganz fest fühlen, besonders gefährliche Sache. Wie leicht kann man stürzen und fällt dann in den Graben. So wird es auch dem Freisinn gehen, wenn er sich dem Laufbrett anvertrauen sollte.

### „Kölnische Zeitung“:

Der sozialdemokratische Parteitag hat den Antrag Dittmann in letzter Stunde einstimmig angenommen. Es fand darüber eine kurze, aber bedeutsame Auseinandersetzung statt. Unter dem Antrag Dittmann ist bekanntlich der Versuch zu verstehen, dem Erfolg der Revisionisten in der Frage des Zusammengehens mit den Liberalen die Spitze abzubrechen. Ein Berliner Antrag hatte die Partei festgelegt, die Revisionisten erzielten eine nochmalige Abstimmung, und nun wurde der Antrag, wie man weiß, abgelehnt. Darauf wurde der Antrag Dittmann eingebracht: Der Parteitag soll erklären, daß diese Ablehnung des Berliner Antrages keine Abschwächung des Beschlusses vom Dresdener Parteitage bedeute. Die Revisionisten nahmen diesem eigenartigen Antrage jede weitergehende Wirkung, indem sie ihm zu stimmten. Durch die unvorhergesehene Zustimmung zu einer Resolution, die ihnen einen Strich drehen sollte, haben die Revisionisten nicht zum ersten Male die Radikalen entwaflnet; wir erinnern nur an den Ausgang der Bernstein-Debatte in Hannover. So wurde heute der Antrag Dittmann einstimmig angenommen, und man kann wohl annehmen, daß die Revisionisten auch nichts dagegen gehabt hätten, wenn noch festgestellt worden wäre, daß die Ablehnung des Berliner Antrages auch

die Voraussetzung für die Berechnung der Wiederkehr des Halleyschen Kometen nicht beeinflusse.“

### „Rhein-Weiß. Ztg.“:

Dieses Zurückweichen vor den Gewerkschaften und das Aufkommen der Revisionisten erfordert die rege Aufmerksamkeit der nationalen Politiker. Denn viel wichtiger als die Sozialdemokratie bedrohen die Gewerkschaften unser Wirtschaftsleben, und viel gefährlicher als das Treiben der roten Genossen mit ihren radikalsten Zukunftstropfen sind für die bürgerliche Gesellschaft die Revisionisten. Die lärmenden radikalen agitatorischen mit ihren hohen Phrasen und unerfüllbaren Forderungen werden von den denkenden Wählern früher oder später doch nach ihrem richtigen Werte eingeschätzt und abgelehnt. Dagegen muß befürchtet werden, daß in den aus irgend einem Grunde verärgerten oder verstimmteten Kreisen die mit der Parteipresse geschmückten Revisionisten, die ihre Endziele schlan zu verschleiern wissen, in wohlüberlegter Absicht die Forderung nach einem Zukunftsstaat in ein Verlangen nach zeitgemähen gemeinnützigen Reformen umzuwandeln und die Revolution durch die Evolution zu ersetzen, leichter Eingang finden können und viel leichteres Spiel bei der Ausbreitung der sozialdemokratischen Gedanken haben werden.

### „Kreuz-Zeitung“:

Man wird wirklich — es ist schwer zu begreifen — wieder der Mauseerungs-Optimismus obenaufgebracht und mit erster Miene verländet, die Sozialdemokratie sei im Begriff, sich in eine positive Partei, in eine soziale Reformpartei umzuwandeln. Wir warnen vor solchen Anschauungen. Die Sozialdemokratie bleibt auch unter revisionistischer Mehrheit was sie war: eine unerböthliche Massenkomppartei, die die Vernichtung der monarchischen Staatsordnung und der heutigen Gesellschaft anstrebt. Das haben alle revisionistischen Führer wiederholt und feierlich versichert. Aber die Taktik der Sozialdemokratie würde unter revisionistischer Leitung schlauer, gefährlicher werden, als sie es jetzt unter der Leitung der immerhin ehrlicheren und freimütigeren Radikalen ist. Statt offener Revolutionstaktik, bei der doch jeder weiß, „wo und wie“, würde heimtückische Aushöhlungs-taktik getrieben werden. In der Bevölkerung würde man vielfach den in allen Farben schillernden Revisionisten nichts Böses zutrauen, sondern auf den Gedanken kommen, mit solchen Leuten und schließlich mit der ganzen Sozialdemokratie müsse sich auskommen lassen. Und zu spät würde man erkennen, daß man Wäfers im Schafpelz sein Vertrauen geschenkt hat. Mit einem Wort: Ein wirklicher Sieg des Revisionismus in der Sozialdemokratie würde auf keinen Fall eine Verminderung, sondern im Gegenteil eine Verstärkung der sozialdemokratischen Gefahr bedeuten.“

## Eines Verlebens wegen Zehntausende entrechtet!

Das sächsische Pluralwahlgesetz enthält neben vielen anderen auch in § 10 eine bössartige Stelle, die dazu geführt hat, daß Wähler eines geringfügigen Steuerstandes wegen unter Umständen auf Lebenszeit ihres Landtagswahlrechts beraubt werden können! Wörtlich heißt dieser Passus:

„Ausgeschlossen vom Stimmrecht sind: Personen, die bei Abschluß der Wählerliste mit den seit länger als ein Jahr fälligen direkten Staats- oder Gemeindesteuern im Rückstande sind.“

Dem Wortlaute nach heißt das zweifellos, daß Steuerreste in unbegrenztem Maße und auf unbegrenzte Zeit eine wahlentrechtende Wirkung ausüben. Mit Mühe und Not ist es jetzt allerdings den sächsischen Parteigenossen gelungen, diese bössartige Bestimmung wenigstens soweit einzuschränken, daß für Steuerrückstände die dreijährige Verjährungsfrist anerkannt wird. Doch ist auch diese noch keineswegs gesichert, denn eine Entscheidung der obersten Instanz liegt noch nicht vor, ebensowenig haben außer der Kreishauptmannschaft Dresden andere derartige Oberbehörden eine Entschlieung gefaßt. Soweit Gemeindesteuern in Betracht kommen, ist es noch sehr fraglich, ob man die dreijährige Verjährungsfrist anerkennt. Geschieht das aber nicht, dann können auch Wähler des Stimmrechts beraubt werden, die vor 30 Jahren einmal Steuern unbeglichen gelassen haben! Tatsächlich lag vom Kreisaußschuß Dresden ein Fall aus Riesa vor, wo ein Wähler von der Liste gestrichen worden war, weil er vor 23 Jahren 7 Mark Gemeindesteuern unbeglichen gelassen hatte!

Jetzt hat sich nun aber herausgestellt, daß mit dem oben zitierten § 10f ganz etwas anderes gemeint war, als was der Wortlaut besagt, daß man so ziemlich das Gegenteil damit gewollt, nämlich nur die Anrechnung der Steuerreste auf ein Jahr! Tatsächlich ist dieser Paragraph sowohl in der ersten wie in der zweiten Kammer auch so aufgefaßt worden. Als man ihn annahm, war man in dem Glauben, nur diejenigen Steuerresstanten vom Wahlrecht auszugliedern, die im letzten Jahre vor Abschluß der Wählerliste ihre Steuern nicht bezahlt hatten! Das ist in der Sitzung des Ausschusses der Kreishauptmannschaft Dresden auch von dem Präsidenten des sächsischen Landtages, dem Hofrat Dr. Meynert ausdrücklich bestätigt worden! Mehrfach versicherte Meynert, der doch bei der sächsischen Wahlrechtsreform eine leitende Rolle gespielt hat, es habe ganz bestimmt im ganzen Landtage niemand daran gedacht, Steuerresstanten auf so lange Zeit hinaus zu entrechteten! Er versicherte immer wieder, der ganze Passus sei ihm ein Rätsel. Schließlich ließ er sich die Landtagsakten über die Wahlrechtsverhandlungen kommen und stellte daraus fest, daß der Verichterstatter der zweiten Kammer



Oberamtsrichter Dr. Rühlmorgen, diesen umstrittenen Passus so aufgefaßt habe, als sollten die Steuerreste nur auf ein Jahr angerechnet werden, statt auf unbegrenzte Zeit; das sei offenbar auch die Meinung des ganzen Landtages gewesen. In diesem Sinne sei der Passus sicher auch angenommen worden!

So wie es Präsident Dr. Rehnert dargestellt hat, ist es sicher auch. Dafür lassen sich noch weitere durchschlagende Belege erbringen. Der erwähnte Passus ist nämlich auf Veranlassung der Ersten Kammer, die das Pluralwahlgesetz in größter Eile Hals über Kopf erledigen mußte, hineingekommen, und zwar auf Grund eines Änderungsantrages, der von dem linksliberalen Oberbürgermeister Dr. Keil-Zwidau herrührte. Ursprünglich lautete der jetzige § 101 auf Grund der Beschlässe der Zweiten Kammer also:

Ausgeschlossen vom Stimmrecht sind jedoch h) Personen, welche bei Abschluß der Wählerliste auf die in den letzten zwei Jahren fälligen direkten Staats- oder Gemeindesteuern Rückstände gelassen haben.

Hier war klar und deutlich gesagt, daß nur die in die letzten zwei Jahre fallenden Steuerreste eine wahlrechtliche Wirkung ausüben sollten. Der erwähnte Änderungsantrag des liberalen Oberbürgermeisters Keil sollte nun sicher nichts anderes bezwecken, als die zwei Jahre in § 101 in ein Jahr umzuwandeln, also eine Verbesserung schaffen. Dafür zeugt auch die Tatsache, daß in der Stadt Zwidau, wo der Oberbürgermeister Keil regiert, nur die Steuerreste aus dem Jahre 1908 als wahlrechtlich bei der Aufstellung der Wählerliste in Betracht gezogen worden sind! Dieser Oberbürgermeister hat also den § 101 so angewandt, wie er ihn nach seinem Antrage gestaltet wissen wollte. Zweifellos hat auch die Erste Kammer im Sinne des Antragstellers Keil beschlossen. Man wollte, um es zu wiederholen, den oben zitierten Passus der Zweiten Kammer nur so ändern, daß anstatt zwei Jahre ein Jahr gesetzt werden sollte. In der Uebereilung hat aber dann dieser Abschluß bei der redaktionellen Formulierung eine Fassung erhalten, die das Gegenteil aus ihm machte, als was man wollte. Die jetzige bössartige Form des § 101 ist also offenbar nur auf ein Versehen zurückzuführen, das man erst als solches erkannt hat, als es zu spät, als die ganze Pluralwahlrechtsmühgeburt bereits Cesez war.

Dieses Versehen zollt aber die ungeheuerlichsten Folgen. Auch wenn die dreijährige Verjährungsfrist noch endgültig anerkannt werden sollte, werden in Sachsen gegen 100 000 Wähler zu Unrecht ihres Wahlrechts beraubt werden! Wie schon gemeldet, sind in Dresden der Steuerrückstände wegen nicht weniger denn 7300 Wahlberechtigte von der Liste gestrichen worden, obwohl hier die dreijährige Verjährungsfrist für alle Steuern anerkannt worden ist! Wäre der mehrfach erwähnte Passus so angewandt worden, wie es der Wille der Gesetzgeber war, so hätten höchstens 2500 bis 3000 Wähler gestrichen werden können. In Dresden allein werden also fast 6000 Wähler wegen eines unerkannt gebliebenen redaktionellen Versehens bei Abfassung eines Gesetzesparagrafen um ihr Stimmrecht gebracht! Sollte aber das Oberverwaltungsgericht für Gemeindesteuern wirklich die 30jährige Verjährung anerkennen, so würde sich die Zahl der zu Unrecht Entschiedenen mindestens verdoppeln. Dann würden wohl in Sachsen ein Drittel aller Wähler jenes Versehens wegen ihres Stimmrechts verlustig gehen.

Es ist klar, daß durch den groben Fehler ein ganz anderer Wahlausfall herbeigeführt werden muß, ebenso sicher ist aber auch, daß eine Regierung nicht ruhig zusehen darf, daß ein ungewollter, in der Uebereilung begangener redaktioneller Irrtum solch ungeheuerliche Folgen hat. Es wäre ja eine einzig dastehende Ungeheuerlichkeit, daß die Zusammensetzung eines Landtags zum großen Teil durch ein redaktionelles Versehen bestimmt wird. Ja, dieses Versehen wird und muß noch schlimmer wahlrechtlich wirken als das ganze Pluralwahlgesetz! Maßlose Derbitterung muß im Lande Platz greifen, wenn die Regierung etwas Derartiges hingehen lassen wollte. Das sächsische Volk hat ein Recht zu verlangen, daß die Zehntausende ihr Wahlrecht wieder bekommen, das ihnen nur infolge eines Versehens entzogen werden soll.

Wir wollen es dahingestellt sein lassen, ob es dem Oberverwaltungsgericht möglich ist, den unmöglichen Wortlaut des § 101 zu ignorieren und die Absicht und den Willen des Gesetzgebers zur Grundlage einer Entscheidung zu machen. Die Regierung darf es aber darauf nicht ankommen lassen. Sie muß schleunigst einen außerordentlichen Landtag einberufen, der in wenigen Stunden dieses Versehen korrigieren und den § 101 so gestalten kann, wie es dem Willen der Gesetzgeber entspricht. Tut man das nicht, dann muß die größte Erbitterung wachgerufen werden. Denn es würde ja in Sachsen ein Landtag gewählt werden, der seine Zusammensetzung nur einem redaktionellen Versehen verdankt. Das aber wäre eine Ungeheuerlichkeit, die, wenn die Regierung jetzt nicht handelt, in Kürze durch den Unwillen des Volkes hinweggesetzt werden müßte.

## „Wirrwarr.“

Einige Parteiblätter, so z. B. der „Volkswille“ in Hannover, glauben dem „Vorwärts“ eine „widerspruchsvolle Haltung“ in seiner Stellung zur Frage der Abstimmung bei der Erbschaftsteuer vorwerfen zu können. Dieser Widerspruch im „Vorwärts“ scheint unserem hannoverschen Parteiorgan sogar so stark zu sein, daß es von einem „Wirrwarr“ spricht.

Wir werden auf die Frage der Erbschaftsteuer noch des näheren zurückkommen; hier wollen wir uns damit begnügen, dem hannoverschen „Volkswillen“ und den ein Gleiches behauptenden Parteiblättern nachzuweisen, daß der „Wirrwarr“ völlig auf der Seite derjenigen liegt, die in der durchaus konsequenten Haltung des „Vorwärts“ irgendwelche Widersprüche entdecken wollen.

Der „Vorwärts“ erklärte es in seiner Stellungnahme zu der Debatte des Parteitags für falsch, aus unserem Programm, der direkte Steuern fordert, einfach zu folgern, daß die sozialdemokratische Fraktion nun ohne jede Rücksicht auf die Verwendung der geforderten Steuern und andere politische Momente für direkte Steuern stimmen müsse. Nun behauptet der „Volkswille“, der „Vorwärts“ selbst habe ja seinerzeit diese Abstimmung gerade unter Verufung auf das Programm gerechtfertigt. Habe doch damals (es war am 25. Juni) im „Vorwärts“ gestanden:

„Die Sozialdemokratie stimmt heute vor allem für das Prinzip, durch die Erbschaftsteuer endlich den Besitz durch eine direkte Steuer auch für das Reich heranzuziehen. Sie mußte so stimmen, um für ihren Programmpunkt, direkte Steuern an Stelle der indirekten, Zeugnis abzulegen.“

Sieht das nicht in der Tat so aus, als habe der „Vorwärts“ damals jüst das Gegenteil von dem geschrieben, was er im September schrieb?

In der Tat! Aber es sieht auch nur deshalb so aus, weil der „Volkswille“ alles das ignoriert, was den auscheinenden Widerspruch alsbald in restloseste Uebereinstimmung verwandelt.

Das wollen wir klipp und klar beweisen.

Zunächst verfährt unser hannoversches Parteiorgan vollständig den ausschlaggebenden Umständen, daß das Zitat aus dem „Vorwärts“ vom 25. Juni sich auf die Abstimmung bei der zweiten Lesung bezieht, die Artikel des „Vorwärts“ im September aber die Frage erörtern, ob und unter welchen Umständen die Sozialdemokratie bei der dritten Lesung für die Erbschaftsteuer habe stimmen dürfen.

Dieser Unterschied ist geradezu entscheidend. Denn in der zweiten Lesung hatte ja die Fraktion geschlossen für die Erbschaftsteuer gestimmt! Ueber ihre Abstimmung in zweiter Lesung war auf dem Parteitag in Leipzig ebenso wenig Streit, wie in der Presse und speziell im „Vorwärts“. Denn so wenig der „Vorwärts“ am 25. Juni gegen die Abstimmung in zweiter Lesung etwas einzuwenden hatte, so wenig wendete er sich am 12. September oder später dagegen!

Wohl aber wendete sich der „Vorwärts“ im September gegen eine Reihe von Argumenten, die inzwischen dafür geltend gemacht worden waren, daß die Fraktion auch in dritter Lesung für die Erbschaftsteuer habe eintreten müssen. Er wendete sich dagegen, nicht um, wie bisher in völliger Verkennung der ganzen Sachlage meinte, die Scherzfrage zu beantworten, ob der Hund den Hafen gefangen hätte, wenn er nicht auf dem Wege den betwuhnten Aufenthalt gehabt hätte, sondern um die sehr ernste, praktisch höchst wichtige Frage zu entscheiden, welche Gründe in späteren ähnlichen Fällen bei einer Abstimmung über direkte Steuern den Ausschlag zu geben hätten. Und da die Debatte bewiesen hat, daß innerhalb der Fraktion wie der gesamten Partei kein Weges Uebereinstimmung über die Gründe vorhanden ist, wird hoffentlich schon der nächste Parteitag diese Frage, die ja über Nacht aktuell werden kann, endgültig entscheiden.

Nun wird vielleicht der „Volkswille“ einwenden: Es ist zwar richtig, daß sich die „Vorwärts“-Artikel im September auf die dritte Lesung bezogen, wenn aber der „Vorwärts“ im Juni bei der zweiten Lesung erklärte, die Fraktion habe für die Erbschaftsteuer stimmen müssen, um für ihren Programmpunkt Zeugnis abzulegen, so gehe daraus doch hervor, daß die Fraktion auch bei der dritten Lesung des Prinzips wegen für die Erbschaftsteuer habe eintreten müssen.

Diesen Einwand könnte der „Volkswille“ freilich nur dann erheben, wenn er die Darlegungen des „Vorwärts“ vom 25. Juni völlig in ihr Gegenteil verkehren würde! Denn das vom „Volkswillen“ gebrachte, oben wiedergegebene

Zitat lautete unter Hinzufügung der unmittelbar vorangehenden und folgenden Sätze folgendermaßen:

„Es handelte sich heute bei der zweiten Lesung um die Spezialberatung, nicht wie bei der dritten Lesung um eine endgültige Beschlußfassung. Auf der Tagesordnung stand nicht nur die Regierungsvorlage, sondern auch die Anträge der Fraktionen. Die Sozialdemokratie stimmte heute vor allem für das Prinzip, durch die Erbschaftsteuer endlich den Besitz durch eine direkte Steuer auch für das Reich heranzuziehen. Sie mußte so stimmen, um für ihren Programmpunkt, direkte Steuern an Stelle der indirekten, Zeugnis abzulegen. Eine Gesamtstimmung findet in der zweiten Lesung nicht statt, sondern nur die vorläufige Annahme der einzelnen Paragraphen, die auch in der dritten Lesung noch abgeändert werden können. Zudem ist die Sozialdemokratie heute zunächst für die eigenen Anträge und, nachdem diese an der Steuerfrage der Beschlüsse gescheitert waren, für die Sätze der Regierungsvorlage stimmte, behielt sie sich völlig freie Hand für die politische entscheidende Stellungnahme in der dritten Lesung.“

Es fiel also auch am 25. Juni dem „Vorwärts“ gar nicht ein, zu erklären, daß die endgültige Abstimmung über die Erbschaftsteuer in der dritten Lesung nicht noch von anderen Gesichtspunkten aus zu beurteilen sei. Das führte zu allem Ueberflus auch noch der Leitartikel des „Vorwärts“ in derselben Nummer vom 25. Juni mit den Worten aus:

„Dafür stimmten auch die Sozialdemokraten, um auf diese Weise sich prinzipiell für den Gedanken der Erbschaftsteuer zu erklären. Ob die Partei das ganze Gesetz annehmen oder ablehnen würde, hätte erst in der dritten Lesung unter Berücksichtigung der gesamten politischen Situation zur Entscheidung gebracht werden können.“

Um nun nicht neue Mißverständnisse heraufzubeschwören, wollen wir noch betonen, daß wir es allerdings für notwendig halten, daß die „Verständigung“ der gesamten politischen Situation vom Standpunkt des obersten sozialdemokratischen Prinzips, dem des grundsätzlichen Klassenkampfes aus, zu erfolgen hat. Die mißverständliche Verufung auf einen falsch verstandenen einzelnen Satz des zweiten, praktischen Teils unseres Programms halten wir darum noch lange nicht für einen Beweis prinzipiellen Denkens. Doch darüber nächstens ein Weiteres.

Jedenfalls beweisen unsere Darlegungen, daß man zu der vom „Volkswillen“ und anderen Blättern beliebten Unterstellung, der „Vorwärts“ habe sich in der Beurteilung der Abstimmung über die Erbschaftsteuer Widersprüche zuschulden kommen lassen, nur dadurch kommen kann, daß man die Abstimmung über die zweite und dritte Lesung blindlings durcheinanderwirft, gerade die entscheidenden Stellen unterschlägt, kurz, selbst einen „Wirrwarr“ ausrichtet, der seinesgleichen sucht!

## Zum Kampf in Schweden.

Stockholm, 20. September. (Privatdepesche des „Vorwärts“.)

Die Verhandlungen nehmen ihren Fortgang, jedoch sind die Aussichten auf ein positives Ergebnis sehr minimal, weil die ganze Haltung der Regierung die Tätigkeit der Vermittlungsbeamten unmöglich macht. Die Regierung hat sich hinter die Unternehmer gestellt und stärkt in jeder Beziehung deren Position.

Die rücksichtslose Haltung der Stockholmer Straßenbahngesellschaften erbittert die öffentliche Meinung; besonders tragen dazu auch die große Anzahl von Unglücksfällen auf der Straßenbahn bei, die auf die Nichtausbildung des streikbrechenden Personals zurückzuführen sind.

Die Liberalen haben in einer großen Protestversammlung der liberalen Wähler gegen die Bemühungen der Regierung, die überreilte Ausnahmegeetze betreffend die kollektiven Arbeitsverträge erlassen will, Protest erhoben. Sie sind der Meinung, daß derartige zustande gebrachte Gesetze niemals zur Förderung des sozialen Friedens dienen und nur erbitternd wirken können.

Die Grubenarbeiter in Grängesberg und Kiruna haben beschloffen, den Kampf einmütig fortzusetzen, bis ein endgültiges Ergebnis erzielt ist.

## Parteitage in Oesterreich.

Aus Wien wird uns vom 18. September geschrieben:

In Reichenberg, dem alten Zentrum der nordböhmisches Industrie, tritt am Sonntag der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich zusammen, nachdem die tschechische Partei den ihrigen schon vor zwei Wochen in Prag abgehalten hat. Aus den Tatsachen, die die Einheit und Geschlossenheit der Partei in Oesterreich bedrohen, den nationalen Fragen, hat es sich noch immer nicht empfohlen, den Gesamtparteitag einzuberufen, obwohl er nach

„Zweifellos, das wußte ich.“

„Und die Polizei, wußte sie es auch?“

„In den letzten Jahren tat er nichts, als alle terroristischen Unternehmungen zu vereiteln.“

„Aber wußte man bei der Polizei, daß er vorher an dem terroristischen Kampfe teilgenommen hatte?“

„Aber gewiß, alle Welt wußte es bei der Polizei.“

„Wußten denn einzelne Personen wenigstens, daß er tekoristische Akte organisierte?“

„Auf diese Frage kann ich Ihnen nicht antworten, das würde unsere Interessen schädigen, die Interessen der Polizei.“

Sie hat mit dem noch erzählt, wie sie an der Seite Azews dem letzten Kongreß der Sozialisten-Revolutionäre zu London beizwohnte, wie sie über seine Arbeiten der Polizei berichtete.

„Ich gab auch Berichte über Sie“, erzählte sie. „Ich kannte Sie zwar nicht persönlich, aber ich hatte sehr intime Beziehungen zu Madame E. und den letzten Winter hat sie ganze Tage und Nächte in vertraulicher Unterhaltung mit mir verbracht. Sie hat mir alles gesagt, was sie über Sie wußte.“

Die Jutzchenko erzählte mir dann noch vielerlei über ihre Tätigkeit unter den Revolutionären; sie schwieg aber jedesmal, wenn es sich um ihre polizeiliche Laufbahn handelte. Ich erinnerte sie an mehrere Tatsachen, die sie nicht leugnete, wie z. B. die Verteilung von Bomben.

Zum Schluß habe ich ihr dann gesagt:

„Vor meiner Abreise von Paris habe ich von den Sozialisten-Revolutionären gefordert, daß sie nichts gegen sie unternehmen und mir die Möglichkeit geben, vorher mit Ihnen zu sprechen und Ihnen Bedingungen vorzuschlagen.“

„Nach meiner Rückkehr werde ich Ihnen sagen müssen, daß Sie Ihre Beziehungen zur Polizei aufgegeben haben, daß Sie sich aber auch geweigert haben, meine Vorschläge anzunehmen. Ich walche meine Hände und gehe.“

„Ich hatte mich erhoben, um zu gehen. Sie hielt mich zurück, indem sie sagte:

„Nicht wahr, Wladimir Iwositsch, Sie verachten mich.“

„O nein, ich verachte Sie nicht. Aber empfinden Abscheu und ich betrachte Ihre Tätigkeit mit unbegrenzter Empörung.“

„Ich ging und am selben Abend noch verließ ich Berlin.“

## Meine Zusammenkunft mit Sinaida Jutzchenko in Berlin.

Von Wladimir L. Burzew.

(Schluß aus Nr. 216.)

Nach einem kurzen Stillschweigen fing die Jutzchenko von neuem an zu erzählen mit derselben Wiener eiziger Schamlosigkeit.

„Im Jahre 1905 bin ich nach Warschau zurückgekehrt und von neuem in die Partei eingetreten. Zur selben Zeit habe ich meine engen Beziehungen zur Polizei wieder aufgenommen. Die vier Jahre, die nun folgten, waren Jahre, in denen der Befreiungskampf erstarbte und Sie können sie wohl für 15 Jahre rechnen“, sagte sie hinzu, indem sie auf meine Worte beim Beginn unserer Unterhaltung anspielte.

„Ich bin bei der Jutzchenko mehr als zwei Stunden geblieben. Endlich mußte ich gehen. Mit vieler Mühe gelang es mir, sie zu bewegen, zu einem Rendezvous zu kommen, für das ich ein Café bestammte, um die Auseinandersetzung zu beenden.“

„Wein Abschied gab ich ihr die Hand.“

„Sie geben mir die Hand?“ fragte sie mich verwirrt.

„Ja, ich bin in Ihrer Wohnung und wir sind dabei, ein Abkommen zu treffen. Ich hoffe, daß Sie einwilligen werden, meine Vorschläge anzunehmen.“

„Ich wartete im Café. Genau um drei Uhr trat die Jutzchenko ein. Nach einigen gleichgültigen Worten fragte sie mich:

„Nicht wahr, Sie haben mich hierher gerufen, um mich jemanden zu zeigen!“

„Ich antwortete ihr, daß ich niemanden ein Wort von unserer Unterhaltung gesagt habe. Sie nahm das mit starkem Mißtrauen auf.“

„Sie wollen mich überzeugen, daß niemand hier ist, der abgefaßt wurde, um mich nach unserer Unterhaltung zu töten! Bevor ich hierher kam, habe ich von meinem Sohne den letzten Abschied genommen. Ich habe ihn verabschiedet, heute selbst von der Schule abzugehen. Werden Sie nicht meinen Namen veröffentlichen? Sie

werden es sicherlich tun und ich will nicht, daß seine Kameraden in der Schule ihn beleidigen, ihn beschimpfen, indem sie seine Mutter eine Spionin nennen. Ich habe in meinem Leben ein Verbrechen begangen, das, Mutter geworden zu sein. Ich hatte nicht das Recht, ein Kind zu haben.“

Nun zweiten Male sah ich sie so bewegt. Daß sie in diesem schrecklichen Augenblick vor allem Mutter war, bei ihrer blutbesetzten Vergangenheit, das berührte mich schmerzhaft und erschütternd.

„Sagen Sie mir, wie benehmen sich die Schullameraden gegen die Söhne Azews?“

„Ich legte ihr die peinliche Lage dar, in der sich die Kinder Azews befinden.“

„Wie haben Sie es nur gewagt, in meine Wohnung zu kommen,“ fragte sie dann plötzlich und unvermittelt, „besonders diesen Morgen.“

„Ich hatte Zeit genug, irgend einen Anschlag vorzubereiten.“

„Ich fürchte niemanden“, antwortete ich. „Die Regierung möchte sicherlich sehr gern ein für allemal ein Ende mit mir machen, aber sie wird es nicht tun. Uebrigens wäre es zu unvorteilhaft für sie, mich im Auslande zu töten.“

„Um wenigstens etwas all die Schäden wieder gut zu machen, die Sie den Revolutionären zugefügt haben, schlage ich Ihnen vor, mir alles zu sagen, was Sie von der Tätigkeit der zarischen Polizei wissen.“

„Ich habe nachgedacht und ich wiederhole Ihnen noch einmal, daß ich es nicht kann. Ich kenne die Revolutionäre, sie werden mir nie verzeihen, aber ich kann die Meinen nicht verraten. Ihnen auf solche Fragen zu antworten, die Sie mir vorzulegen gedenken, weigere ich mich deshalb im Voraus.“

„Im Laufe unserer Unterhaltung hat dann die Jutzchenko mir viele interessante Sachen erzählt, die sich alle auf ihre Person bezogen.“

„So hat sie mir mitgeteilt, daß sie ein Jahr bevor ihre wirkliche Rolle entlarvt wurde, durch Zufall erfuhr, daß Azew ein Lockspiegel sei. Gerade in diesem Zeitpunkt war es, daß sie Azew alle Mitglieder der Kampforganisation von Moskau vorzustellen hatte. Azew zweifelte nicht, daß sie um sein Geheimnis wisse; er empfing die „Söldnerin“, die sie ihm vorstellte, mit dem Gehaben des überzeugten Revolutionärs.“

„Sagen Sie mir, wußten Sie, daß Azew an terroristischen Akten teilgenommen hat?“



der Verfassung der Partei jedes zweite Jahr abgehalten werden soll und seine letzte Tagung schon im Jahre 1905, in den Tagen des gewaltigen Wahlrechtskampfes, stattgefunden hat. Damals erlangt aus dem Tag der Sozialdemokratie ein wahrhaft grandioser Afford der Einigkeit in Wollen und Handeln, und jedem, der an diesem Parteitag anwesend war, wird der geschichtliche Augenblick unvergeßlich sein, als an die Versammlung die Nachricht von dem Siege der russischen Revolution gelangte, die sich in dem Jarenmanifeste kundtat, und die Verhandlungen des Parteitages sich zu dem feierlichen Gelübde steigerten, nicht zu ruhen und zu rasten, so lange das allgemeine Wahlrecht nicht erobert ist. Und fast unmittelbar darauf strömten die Massen auf die Ringstraße, und sie schwenkten von dort nicht mehr, bevor der Wahlrechtskampf ausgekämpft war. An jenem Verhandlungstag trat die österreichische Wahlreform in Wahrheit ins Leben. Solche Höhepunkte sind jeder Partei freilich nur selten beschieden, aber daß die harte Wirklichkeit den Nachhall jener großen Kampftage so rasch verschlang, muß doch schmerzlich bedauert werden.

Die Ungelöstheit der nationalen Fragen im Staate ist es, die an der internationalen Einheit der Partei nagt, und sie an dem Punkte, der ihr so schwere Belastungsproben auferlegt, offensichtlich schwächt. Wohl besitzt die Partei in dem am Brünner Parteitag im Jahre 1899 beschlossenen Nationalitätenprogramm einen Wegweiser in der nationalitätlichen Wirrnis, aber mehr konnte das Nationalitätenprogramm nicht bieten, das sich bescheiden mußte, für die proletarische nationale Politik den Grundsatz festzulegen; den Grundsatz der nationalen Autonomie, die jeder Nation ihre Freiheit, Unabhängigkeit und Selbstständigkeit verbürgt und allen die ungehemmte kulturelle Entwidlung eröffnet. Der Jammer ist eben, daß wir in der Zeit vor der nationalen Autonomie, also in der Zeit der bürgerlichen nationalen Politik leben, welche Politik zur Gänze von Machtinteressen beherrscht wird und überall auf Herrschaft und Unterdrückung ausgeht. Diese Politik ist es, die immerzu neue Wäsen aufwirft, ohne Unterlaß neue Konflikte gebiert und die Empfindung für nationale Friedfertigkeit und Verträglichkeit so völlig ausgelöscht hat, daß der nationale Haß heute das eigentliche Verhältnis der Nationen untereinander ist. Es wäre ungerecht und leichtfertig, zu behaupten, daß irgendwelche der sozialistischen Parteien Oesterreichs in diesen nationalitätlichen Wirbel hineingerissen worden wäre; das stimmt auch für die tschechischen Genossen nicht, obwohl diese, an dem Vorwärtsdrängen der Tschechen als Nation unmittelbar beteiligt, gar nicht selten den Kampf für rein nationale Forderungen zu führen haben. Aber sicher ist, daß sich die sozialdemokratische Partei ohne Unterlaß mit Fragen beschäftigt, und sie beantworten soll, die zu einem großen Teil nur Fragen des herrschlichen, nationalitätlichen Bürgertums sind, und die nicht aufgeworfen werden, um eine Lösung zu erfahren, sondern aufgeworfen werden lediglich aus Motiven der nationalen Demagogie, die ihren Ramm, trotz allgemeinem Wahlrecht, innerhalb der gesamten Bourgeoisie noch immer am reichlichsten nährt. Man kann wohl sagen, daß über die Grundzüge und Methoden, nach welchen die nationalen Fragen behandelt und gelöst werden sollen, die Sozialdemokratie im großen und ganzen einig ist und hier auch zwischen Deutschen und Tschechen kein Gegensatz waltet, daß sich aber die nationalen Streitigkeiten, die aus der Ungelöstheit der staatlichen Frage entspringen, wie das Neben- und Miteinanderleben der Nationen geregelt werden solle, in ihren Auffassungen nicht gleichmäßig spiegeln und nicht die gleiche Beurteilung finden. Diese verschiedene Schätzung der Dinge, die zu uns von der bürgerlichen Welt kommen, ist übrigens in jeder Partei anzutreffen, wenn freilich nur in Oesterreich diese Dinge nationalen Ursprungs sind; und überall nehmen wir das Ringen der prinzipiellen Auffassungen mit Gegenwartsinteressen wahr. Deshalb darf die nationale Differenz der deutschen und der tschechischen Partei auch nicht überschätzt und übertrieben werden. Ihr gegenüber steht und wirkt die unverbrüchliche Einheit und Einigkeit in allen proletarischen Dingen, die das Proletariat sämtlicher Nationen zusammenschließt und die sich in Oesterreich restlos und ohne Bruch ausdrückt.

Dem von der einer nicht völlig gefundenen Stelle abgesehen ist der Stand der Sozialdemokratie in Oesterreich in allen Nationen ein durchaus erfreulicher. Natürlich ist nach dem gewaltigen Aufschwung des Wahlrechtskampfes und den ersten mit einem so glänzenden Erfolge abgeschlossenen Wahlen eine Periode gekommen, wo die innere Sammlung, die innere Kräftigung das wichtigste ist. Deswegen sehen wir überall die so bedeutenden Fragen der Organisation und der Jugend- erziehung im Vordergrund und überall bricht das Bedürfnis durch, das im Wahlkampf besetzte Feld unzugänglich und zum unveräußerlichen sozialdemokratischen Besitztum zu gestalten, aus den Wählern Genossen zu machen. Daß hier viel nachzuholen, und insbesondere die gewisse österreichische Gemütslichkeit auszurotten ist, das ist nicht zu bestreiten. Tatsächlich will der Reichsberger Parteitag hier gründlich Wandel schaffen und die Organisation, die vielfach jene straffe Zusammensetzung vermissen läßt, auf neue Grundlagen stellen. Auch der Rückständigkeit der Parteipresse — hat doch die große deutsche Partei nur zwei Tagesblätter — soll abgeholfen werden, namentlich mit der immer unerlässlicher werdenden Schaffung eines Tagesblattes für Deutschböhmen, die freilich durch den Mangel eines Zentrums ihre eigenen Schwierigkeiten hat, soll endlich ernst gemacht werden. Ueberhaupt spürt man überall frischen, regem Geiste, von dem der tschechische Parteitag einen prächtigen Beweis gab und der sich sicher auch in Reichsberg manifestieren wird. Erfüllt von dem Bewußtsein ihrer geschichtlichen Verantwortung, können die Vertreter des internationalen Proletariats den Weg nicht verfehlen, den ihnen das eine und gemeinsame Ziel weist, den Weg zur Befreiung der Arbeiterklasse, die mit allen Vorrechten aufräumen und Recht auf allen Gebieten begründen wird.

## Politische Ueberblick.

Berlin, den 20. September 1900.

### Ueber die Einigung der Linkliberalen

teilt das Zentralbureau der freisinnigen Volkspartei mit, daß demnächst eine weitere Besprechung im Viereranschuß der Linkliberalen Fraktionsgemeinschaft erfolgen wird. Am Sonntag hat der erweiterte geschäftsführende Ausschuss der freisinnigen Volkspartei unter dem Vorsitz des Abgeordneten Schmidt-Eislerfeld eine eingehende Aussprache über die Angelegenheit gehabt, bei der sich volle Uebereinstimmung über die in Betracht kommenden Fragen ergeben hat. Der Ausschuss hält nach wie vor eine Verschmelzung der drei Linkliberalen Parteien für wünschenswert unter der Voraussetzung, daß vorher

ein gemeinsames Programm geschaffen und eine Verständigung über die hauptsächlichsten taktischen Fragen, sowie über die Eingliederung der bestehenden Parteiorganisationen herbeigeführt wird. Falls eine Verschmelzung, die nur durch Beschluß der maßgebenden Parteiorganisationen herbeigeführt werden kann, alsbald noch nicht möglich sein sollte, ist zunächst dahin zu wirken, daß die Fraktionsgemeinschaft ausgebaut und unzerstörlich ein gemeinsames Vorgehen für die nächsten Wahlen gesichert wird. Die Stellung des Ausschusses der freisinnigen Volkspartei läuft darauf hinaus, die völlige Verschmelzung ins Unbestimmte hinauszuschieben und vorläufig lediglich einen „Ausbau“ der Fraktionsgemeinschaft zuzulassen. Ob es dabei zu einem gemeinsamen Vorgehen bei den Wahlen kommt? Dem deutschen Freisinn wäre zuzutrauen, daß auch da wieder jede seiner Gruppen ihr eigenes Fraktionsführerchen zunächst ans Feuer zu bringen sucht.

### Weitere Folgen der Tabaksteuer.

Kaum vier Wochen nach Inkrafttreten des neuen Tabaksteuergesetzes machen sich in Südlengern und Kirchlengern die Folgen furchtbar bemerkbar. 808 Arbeiter mußten in knapp vier Wochen zusammen 5725 Tage feiern. Außerdem wurden 88 Mann entlassen.

In dem Städtchen Rheda stehen von den dort beschäftigten circa 90 Zigarrenarbeitern nur noch 15 in Arbeit, alle übrigen sind entlassen worden.

In dem bekannten Zigarrenindustriecorte Wände haben bereits 230 arbeitslose Zigarrenarbeiter und Arbeiterinnen Unterstützungsgesuche eingereicht. Im Amte Ennigloh beträgt deren Zahl 927, im Amte Eger 465, in Gohfeld 750 und in Rodinghausen 125. Besonders hart empfinden es die Zigarrenkistenmacher, die durch den Rückgang der Tabakindustrie in demselben Maße betroffen werden wie die Zigarrenarbeiter, daß für sie eine Entschädigung aus dem Biermillionsfonds nicht vorgesehen ist.

### Noch eine Quittung für die neuen Steuern.

Im bayerischen Landtagswahlkreise Sulzbach-Luerbach fand am Sonntag, 20. September, eine Nachwahl statt, in der ebenfalls die Mißstimmung über den Steuerraub zum Ausdruck kam. Es entfielen bei dieser Wahl auf das Zentrum 2125, auf die Vertreter der Bauernbündler und der Liberalen 1549 und auf die Sozialdemokraten 671 Stimmen.

Das Zentrum verlor gegen die Wahl von 1907 418, die Bauernbündler verlieren 190 Stimmen, während die Sozialdemokraten 511 Stimmen gewannen.

Die Wahl fand unter starkem Zentrumsterrorismus statt.

### Ein verkehrter Trost.

Die „Vossische Zeitung“, die zu den durch den Schluß des Leipziger Parteitages bitter enttäuschten Kaufmannspekulanten gehört, schreibt zu der Feststellung unseres Parteitagsartikels, daß die große Mehrheit des Parteitages für den Inhalt der Dresdenener Resolution stimmen wollte, als sie der Resolution Dittmann zustimmte, folgendes:

„Das eben, was nach dem „Vorwärts“ feststeht, ist im höchsten Maße zweifelhaft. Es ist ganz und gar nicht erwiesen, daß die „große Mehrheit“ des Parteitages für den Antrag stimmte, indem sie sich die Ansichten des Antragstellers aneignen wollte; vielmehr ist es nicht unwahrscheinlich, daß die Erklärung des Genossen Kuer die Mehrheit für sich hatte.“

Wir müssen der „Vossin“ diesen Trost leider nehmen. Es ist nicht nur unwahrscheinlich, sondern sogar absolut ausgeschlossen, daß die Erklärung des Genossen Kuer die Mehrheit für sich hatte. Das hätte die „Vossische Zeitung“ aber aus ihrem eigenen Bericht entnehmen können. Nach der Rede Dittmanns ist nämlich „lebhafter Beifall und Gändellachen“ verzeichnet, nach der Rede Kuers — nichts!

Vielleicht vermag die „Vossische Zeitung“ zu erkennen, daß der Bericht ein beweiskräftiges Zeugnis ist für die Frage, auf welcher Seite die große Mehrheit des Parteitages war, als es die nach dem Siege des Revisionismus seufzenden Sehnsüchte des trostbedürftigen Herzens sind.

### Der Mugdan geht um!

Vor einigen Wochen war in Organen des Scharfmachertums der Meinung Ausdruck verliehen worden, daß die Regierung gut daran täte, die Reichsversicherungsbildung im Reichstage überhaupt nicht einzubringen, sondern vielmehr die Mängel, die bei den einzelnen Versicherungsgesetzen sich gezeigt haben, durch Novellen zu diesen Gesetzen zu beheben. Diesem Wunsche hat die Regierung nicht Rechnung getragen, denn es steht jetzt fest, daß der Entwurf dem Reichstage unterbreitet wird. Der Reichskanzler hat bereits Vertreter der Ärzte empfangen, die ihm ihre Wünsche vorgetragen haben! In der Hauptsache legen die Ärzte Wert darauf, daß die freie Arztwahl als die Regel zu gelten habe. Der Reichskanzler hat den Vertretern der Ärzte versprochen, daß er ihre Wünsche so weit als irgend möglich berücksichtigen werde.

### „Dreschkorruption“.

Wir erhielten die folgenden beiden Schreiben: „Die Nr. 214 Ihres Blattes vom 14. September d. J. enthält eine Mitteilung, betitelt „Dreschkorruption“, in der unter Bezugnahme auf einen Bericht der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ gesagt wird, daß sich die Schriftsteller D. von Stromberg, Antwerpen, und Dr. E. Carlotta, Berlin-Wilmersdorf, bei hervorragenden Industriellen dazu angeboten haben, über ihre Ausstellungsgegenstände auf der Frankfurter „Aa“ Reklamartikeln im redaktionellen Teile einer großen Anzahl deutscher Tageszeitungen unterzubringen. 453 Zeitungen des In- und Auslandes seien dazu bereit. Genannt wurden unter anderem: „Leipziger Neueste Nachrichten“, „Sächsische Volkszeitung“, „Münchener Neueste Nachrichten“, „Hamburger Nachrichten“, „Norddeutsche Allgemeine“, „Vossische Zeitung“, „Dresdener Anzeiger“, „Nieler Neueste Nachrichten“.

Gegenüber der hierin liegenden Insinuation, die „Hamburger Nachrichten“ fänden sich bereit, Reklamartikeln der angebotenen Art im redaktionellen Teil aufzunehmen, erklären die „Hamburger Nachrichten“, daß sie mit genannten Schriftstellern so wenig, wie überhaupt sich je darauf eingelassen haben, bezahlten Reklamartikeln in ihrem redaktionellen Teil Aufnahme zu gewähren.“

Der Verlag der „Sächsische Volkszeitung“, J. B. Bachem zu Köln, erklärt zum selben Thema:

„Neben großer Täuschung der in Betracht kommenden Industriellen zeugt es von dreifacher Unverschämtheit, wenn die beiden Reklamedreher die „Sächsische Volkszeitung“ als Abnehmerin ihrer Schreibprodukte hinzustellen wagen. Falls an und ein solches Ansinnen überhaupt gestellt worden wäre, wäre den beiden die genügend deutliche Antwort erteilt worden. Denn weder die Redaktion noch der Verlag sind für solche Manipulationen irgendwie zu haben, abgesehen davon, daß in unserem redaktionellen Teil prinzipiell Reklamen gegen Bezahlung unter keinen Umständen Aufnahme finden.“

„Die Vossische Zeitung“ hat in ihrem eigenen Spalten etwas Ähnliches erklärt. In ihrer Erklärung müssen wir indes erklärend bemerken, daß sie solche Reklamartikeln zwar nicht im redaktionellen Teil, wohl aber im Inseratenteil bringt, und zwar in einer Aufmachung, die bei naiven Lesern den Eindruck erwecken muß, als sei die Anzeige ein Bestandteil des redaktionellen Teils! Ob das bei den übrigen genannten Blättern auch der Fall ist, vermögen wir zurzeit nicht festzustellen. —

### Keine Massensucht aus dem Wunde der Landwirte.

Die „Deutsche Tageszeitung“ bestreitet, daß der Wund der Landwirte seit Erledigung der Reichsfinanzreform über 32 000 Mitglieder verloren habe. Sie stellt vielmehr folgendes fest: Die Zahl der Mitglieder des Bundes der Landwirte hat in der Zeit vom 1. September 1908 bis zum 1. September 1909 um 18 218 zugenommen. Vom 1. Februar 1909 bis zum 1. September betrug die Zunahme 10 032. Austrittserklärungen, bei denen die Stellungnahme des Bundes zur Reichsfinanzreform als Grund angegeben worden ist, sind bis heute im ganzen 137 eingegangen.

Wenn die Zahlen stimmen, so beweisen sie, wie notwendig die regste Agitation der Sozialdemokratie ist.

## Oesterreich.

### Die denischen Obstruktionshelden.

Prag, 19. September. Der deutsche Landtagsverband sprach sich dahin aus, daß kein Anlaß bestehe, die Obstruktion auch nur zum Zwecke der Wahlen in den Landesausschuß und die Landtagskommissionen aufzugeben. Die Entscheidung über das weitere Verhalten wurde der Obmannkonferenz des Prager Landtages vorbehalten.

## Spanien.

### Massenverhaftungen.

Der Pariser „Matin“ berichtet aus Madrid: Mehrere Hausdurchsuchungen und Verhaftungen fanden gestern in Garcia und Villa Nueva statt. Einunddreißig Männer und fünf Frauen wurden verhaftet. In Manresa wurden sechs- und fünfzig Personen verhaftet.

## England.

### Sozialistische Ansichten über den 42. Trade-Unionkongreß.

London, 18. September. (Fig. Ver.) Die sozialistischen Wochenblätter „Clarion“ und „Justice“ enthalten einige zusammenfassende Urteile über den Trade-Unionkongreß von Ipswich, die zwar voneinander abweichen, aber doch darin übereinstimmen, daß die wirtschaftliche und politische Arbeiterbewegung Großbritanniens hoffnungsvoll ist.

Die „Clarion“ enthält zwei Artikel: eine allgemeine Betrachtung von Taylor, dem früheren Redakteur der „New Age“, und einen Bericht von Charles Shaw, einem sehr tätigen sozialistischen Agitator. Taylor meint, was die einzelnen Gegenstände der Diskussion betrifft, so zeigte der Kongreß viel Einsicht und Geschick, aber der große Mangel war, daß die grundlegende Wahrheit des Sozialismus: Die Notwendigkeit der ungeschlossenen Durchkämpfung des Klassenkampfes, leicht hervorgehoben wurde. Die Arbeitermassen drängen zum Kampfe, die Führer bremsen. Taylor spricht zum Schluß die Ansicht aus, die Zeit sei nicht mehr fern, wo die Arbeiter sich eher für die Verwegenheit des politischen Kampfes entscheiden werden als für eine Niederlage durch den sanften Frieden.

Shaw schreibt: „Ich kann meinen Bericht nicht schließen, ohne darauf hinzuweisen, daß in der Trade-Unionbewegung Vorgänge zu bemerken sind, die sie unvermeidlich zum Sozialismus treiben. Die Bewegung wird rasch Klassenbewußt; ja, jede Resolution war direkt oder indirekt auf der sozialistischen Grundlage aufgebaut. Ich bin überzeugt, daß die Trade-Unionisten ein kräftigeres Vordringen zum Sozialismus betreiben könnten, als es jetzt von ihren Führern unternommen wird.“

Für die „Justice“ schrieb Ben Tillett die Kongreßberichte. Sein Kongreßbericht enthält viel Bitteres gegen die Arbeiterführer. Sein Schlusssatz lautet: „In diesem Kongresse sprachen die „Labour Gaus“ (die ausreichten Arbeitsmänner vom Typus Shaw), die die Hände, die den Kongreß manipulierten, waren die der „Liberal Jacobs“ (der schlauen Liberalen vom Typus Jakob). So wird's noch manches Jahr gehen. Aber der Umschwung ist im Veranlassen begriffen.“

## Rußland.

### Die Geheimpolizei.

Petersburg, 18. September. Im Zusammenhange mit der Entdeckung einer Bombenbörse in Baku, wobei als Schuldige Agenten der Geheimpolizei ermittelt wurden, ist der Chef der Geheimpolizei seines Amtes enthoben und gegen ihn eine Untersuchung eingeleitet worden.

Sonderbar an der Meldung ist nur, daß der Chef der Geheimpolizei seines Amtes enthoben wurde. Das war doch sonst nicht so. Gewiss und Hartig befinden sich doch noch in Amt und Würden. Sollte die Meldung von der Amtsenthebung nicht ein Wärtchen sein, ausgehend von Wärdchen Tschinowitsch, um nach dem unangenehmen Vorkommnisse der letzten Zeit Rußlands Regierung in den Augen gläubiger westeuropäischer und besonders deutscher Liberaler wieder etwas zu rehabilitieren? Oder wird zu diesem edlen Zweck wirklich ein Sündenbock in die Wüste gejagt?

## Türkei.

### Der Zustand in Albanien.

Nesib, 20. September. Die Expedition Dschabids Pascha gestaltet sich immer schwieriger. Es haben in den letzten Tagen verschiedene Kämpfe stattgefunden, bei denen zwei Offiziere und mehrere Soldaten gefallen sind. Die Albanesen haben das Gebirgsgebiet besetzt.

## Hegypten.

### Der Kongreß der ägyptischen Jugend.

Mit peinlicher Spannung mag die Regierung Großbritanniens dem Verlaufe der Verhandlungen folgen, die von dem Kongreß der ägyptischen Jugend in Genf gepflogen werden. Der Kongreß befaßte offen die Selbstständigkeitsbestrebungen, die den fortgeschrittenen, aktionsfähigen Teil der Bevölkerung Ägyptens besetzen, das heute tatsächlich englisches Besitztum ist. Die Herrschaft über Ägypten bedeutet aber für Großbritannien nicht allein die Verfügung über eines der fruchtbarsten Länder mitten im Weltverkehr, sondern auch die Sicherstellung des nächsten Seeweges nach Indien, dem Hauptstück seines Kolonialreiches, und dem Zugang zu wichtigen Teilen von Afrika. Alles das bedroht die Freiheitsbewegung des Landes. Der Kongreß sandte Telegramme an das englische Parlament und die türkische Regierung (die Türkei läßt dem Namen nach die Oberherrschaft über Ägypten), in denen er die Räumung Ägyptens durch die englischen Behörden und Truppen forderte. Besondere Bedeutung gewannen die Verhandlungen durch die Beteiligung englischer Delegierter. Keir Hardie verlangte namens der Arbeiterpartei ein Parlament für Ägypten. Und der Irländer Kettle forderte leidenschaftlich zum Kampfe auf gegen den gemeinsamen Feind England. —

## Marokko.

### Das Schicksal des Moghi.

Der Pariser „Gelair“ berichtet aus Tangar, daß der Moghi Bahamara nicht erschossen, sondern unter furchtbaren Qualen getötet worden sei. Er soll den Löwen vorgeworfen und schließlich durch Würgeschläge von seinen Leiden befreit worden sein.



# Gewerkchaftliches.

## Eine halbe Million für die Schweden!

Der über eine Million Mitglieder zählende internationale Metallarbeiterbund beschloß Montagvormittag (20. September) in einer außerordentlichen Vertreterversammlung in Berlin, dem im Kampfe befindlichen Eisen- und Metallarbeiterverbände in Schweden sofort 500 000 M. zur Verfügung zu stellen und die Ausbringung weiterer Mittel durch Aufrufe an die angeschlossenen Landesverbände zu veranlassen.

### Berlin und Umgegend.

#### Eine Ausschüttung des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller.

Die Anfang dieses Monats in Berlin stattfand, bot doch einiges allgemein Interessantes, das verdient, nachgetragen zu werden. Nach dem Geschäftsbericht zählte der Verband Ende 1908 35 Bezirksverbände, 3 angeschlossene Vereine und 35 Einzelmitglieder, die insgesamt 518 000 Arbeiter beschäftigten, was eine Zunahme in der Zahl der beschäftigten Arbeiter von rund 12 000 bedeutet. Dem Verbande angeschlossene haben sich der Bezirksverband in Köln mit 15 Mitgliedern mit 6500 Arbeitern und der Verein der Fließschiffverwerter in Hamburg mit 2000 Arbeitern. Die Einnahmen betragen 50 867,84 M., die Ausgaben 28 682,78 M.

In die Freude, daß die Gewerkschaften stagnieren, teilweise sogar einen Mitgliederabgang zu verzeichnen haben, mischte sich ein Bismutstropfen: das Vermögen der Gewerkschaften ist weiter angewachsen! Und daraus resultiert die Befürchtung, daß die Arbeiter bei aufsteigender Konjunktur mit besonderer Schärfe den Kampf gegen die Unternehmer aufnehmen werden, da die hierzu notwendigen Mittel vorhanden sind.

Eine Auseinandersetzung fand wegen der Maifeier statt. In München und Erlangen wird der erste Mai in manchen Fabriken als ein allgemeiner, bürgerlicher Feiertag angesehen und gefeiert. Nach den Statuten des württembergischen Verbandes, wonach die Feiern des ersten Mai nicht zulässig ist, sind diese Firmen in den Verband nicht aufgenommen worden. Es wurde auf Vorschlag des Kommerzienrats Menz-Altona beschloffen, daß der Ausschuss des Gesamtverbandes nach Prüfung durch den Vorstand unter Beihilfe der Bezirksverbände die Entscheidung treffen soll, welchen Firmen die Feiern des ersten Mai auf Grund alten Verkommens gestattet sein soll.

Die Berliner Schloßarbeiter, deren Mitglieder in der Mehrzahl durch den Arbeiterschutzverband Berliner Schlossereien dem Verein Deutscher Arbeitgeberverbände angehören, wollte mit dem Metallarbeiterverbande einen paritätischen Arbeitsnachweis erwidern, der für sämtliche Innungsmitglieder obligatorisch sein sollte. Das paßt natürlich den Berliner Scharfmachern nicht. Ein derartiger paritätischer Arbeitsnachweis kann ja dann nicht als Maßregelungsbehörde benutzt werden. Es wurde bitter beklagt, daß die Bremer Holzindustriellen in Gemeinschaft mit der dortigen Zahlstelle des Holzarbeiterverbandes einen paritätischen Arbeitsnachweis unterhielten, denn — streikende Holzarbeiter, die durch den Bezirksverband Unterweser des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller in Verzug gebracht worden sind, haben durch den paritätischen Arbeitsnachweis in Bremen Arbeit erhalten. Es wurde beschloffen: innerhalb des Gesamtverbandes dürfen paritätische Arbeitsnachweise nicht gebildet werden. Es wurde für wünschenswert gehalten, daß auch der Verein Deutscher Arbeitgeberverbände zu dieser Frage Stellung nimmt.

Mit der Stellungnahme der „Arbeitszeitung“ zu verschiedenen Fragen scheinen einige der Metallindustriellen nicht ganz einverstanden zu sein. Auf Veranlassung des Vorstandes hielt deshalb der Chefredakteur Freiberger v. Reisch einen Vortrag über die gegenwärtige Haltung der „Deutschen Arbeitszeitung“. Mit Rücksicht auf die gegenwärtige innere politische Lage sei eine abwartende Haltung notwendig gewesen. Im Anschluß hieran wurde die Stellung gegenüber dem „Hansabund“ besprochen. Die Ansicht des Vorstandes ging dahin, es den einzelnen Bezirksverbänden zu überlassen, wie sie sich dem Hansabund gegenüber stellen wollen. Im Interesse der Streikabwehr soll sich der Gesamtverband mit wirtschaftlichen und politischen Angelegenheiten besser nicht befassen. Diese Ansicht fand die Zustimmung der Anwesenden; ebenfalls die Ausführungen des Ingenieurs Garbens-Hannover: Die „Deutsche Arbeitszeitung“ soll den „Hansabund“ zu einer Erklärung bezüglich seiner Betätigung auf sozialpolitischem Gebiete veranlassen. Die Mitwirkung der Industrie in der „Hansa“ wird in Zukunft davon abhängig sein, ob sich der „Hansabund“ vollständig auf den Arbeitgeberstandpunkt stellt.

### Achtung, Töpfer!

Wegen Nichtbezahlung des Tarifes verhängen wir hiermit über die Firma Markert, Heinersdorfer Straße 20 die Sperre. In Betracht kommen die Meister und Bauen: Jäger, Charlottenburg, Kaiserin-Augusta-Straße und Kaiser-Friedrich-Straße; Kalbe, Charlottenburg, Roscherstr. 2; Kozewed, Westend, Garde du Corpsstraße; und Pächle, Schöneberg, Ebersstraße. Zentralverband der Töpfer.

### Deutsches Reich.

Formstreit in Pasewalk. Die von uns bereits gemeldeten Differenzen der Formier bei der Firma Behrendt in Pasewalk konnten während der 14tägigen Kündigungsfrist nicht erledigt werden und ist daher am Sonnabend die Arbeitsniederlegung erfolgt. Zugang von Formern und Wicklerarbeitern ist streng fernzuhalten. Die Parteipresse wird um Abdruck gebeten. Deutscher Metallarbeiterverband.

Ein langwieriger Kampf. Nach 15wöchiger Dauer ist der Streik der Fließschiffer in Lübeck aufgehoben worden. Die Streikenden beschloffen, die Arbeit zu den Löhnen wieder aufzunehmen, die während des Streiks mit denjenigen Firmen abgemacht worden sind, die die Forderungen der Arbeiter in der Hauptsache bewilligt haben.

### Ausland.

Ein Triumph der amerikanischen Sozialdemokratie. Nachgeben oder die Bude zumachen — das soll die Alternative gewesen sein, die Präsident Taft den Direktoren der „Steel Car Co.“ in McKees Rocks gestellt und die diese Gesellen prompt zur Naision gebracht hat. Nider, der oberste Matador der Bande, erklärte, alle Forderungen der Streiker bewilligen zu wollen, bis auf die geforderte Lohnerhöhung. In dem die Gesellschaft aber u. a. auch in die Abschaffung des (in der deutschen Parteipresse bereits geschilderten) spürbühnen „Pooling-Systems“ willigt, macht sie, wenn auch indirekt, tatsächlich auch in der Lohnfrage bereits ein wesentliches Zugeständnis. Auch die Forderung, daß 600 — als „Nadelsticker“ bezeichnete — Arbeiter von der Wiederaufnahme der Arbeit ausgeschlossen sein sollten, läßt die Firma ausdrücklich fallen. Unter dieser Bedingung hatte die Gesellschaft sich schon vor mehreren Wochen zu wichtigen Konzessionen bereit erklärt, aber die Streikenden ließen ihre Forderung nicht im Stich. Die Untersuchung der Anlagen gegen die Car Co. durch die Bundesbehörden soll auch nach der siegreichen Beendigung des Streiks fortgesetzt werden, und sie wird wahrscheinlich das Ergebnis haben, daß den Streikbrecherbureaus nicht nur in New York, sondern im ganzen Lande das Handwerk gelegt wird. Der die Untersuchung führende Bundes-Distriktsanwalt (Staatsanwalt) gab Erklärungen ab, wonach er erwiesen sei, daß die Streikbrecher von McKees Rocks unter geschwindigen und schwindelhaften Vorwänden angeordnet sind. Er verlangt, daß die beiden hauptsächlich in Betracht kommenden Bureaus in New York sofort geschlossen und alle ähnlichen Bureaus im Lande unter die Kontrolle von Bundesbeamten gestellt werden. Die Inhaber jener beiden

New Yorker Streikbrecherorgane führen die kreuzförmigen Namen Berghoff und Cohen. Cohen hat schon die Flucht ergriffen. Er ist zusammen mit dem Verks-Präsidenten Hoffsted zugleich in ein Verfahren wegen „Beionage“ (erzwingende Dienstbarkeit, Sklaverei) verwickelt. Es handelt sich hierbei um die verbrecherische Terrorisierung der lieben Arbeitswilligen, nicht durch die Streiker, sondern durch die Kapitalbützel, die bekanntlich nicht verhindern konnte, daß vor einigen Tagen viele Hunderte von Streikbrechern den Auszug aus der Flensburg ertröhnten, in die man sie mit Lug und Trug hineingeschmuggelt hatte. — Präsident Taft stützt sich bei seiner Einmischung in den Streik auf den Präzedenzfall, den sein Vorgänger Roosevelt geschaffen hat, als er im großen Kohlenarbeiterstreik seinen „großen Knüttel“ nahm, um damit die Hartkohlensbarone zu erweichen. Das war aber vor Todds zweitem Wahltermin. Taft braucht jedoch keine besonders dringenden Bahlrücken zu nehmen. Wird er darum von lauterer Arbeiterfreundlichkeit getrieben? Wer das glaubt, kennt weder den Taft, der als Bundesrichter mit seinen Einhaltsbefehlen gegen Streikende der Liebling der Kapitalistenklasse geworden ist, noch die Geschichte dieses Streiks. Monatlang hat sich die Regierung gegenüber den gravierendsten Anklagen, die gegen die Gesellschaft vorliegen, untätig verhalten und ist ihr dann noch mit unbarmherzigen Arbeitermehleien zu Hilfe geeilt. Aber die Streiker hielten aus, trotz Tod und Entbehrungen, und riefen den Schutz der sozialistischen Partei an, und es ist ein Triumph der Sozialdemokratie, daß sowohl in der tatsächlichen Streiklage, wie in der öffentlichen Meinung seit kurzem eine ebenso überraschende wie radikale Wendung zugunsten der Streikenden eintrat, die auch die republikanischen Behörden zwang, ihre Pflicht zu tun.

## Soziales.

### Verband der Apotheker.

Die 6. Hauptversammlung des Verbandes lönz. Apotheker für das Deutsche Reich wurde in Dresden am Sonntag abgehalten. Sie nahm zur

#### Apothekenfrage

nach Referaten von Sparrer (Nürnberg), Schäfer (Düsseldorf), Ruffbaum (Kassel) und Rinke (Solingen) folgende Resolution an: „Der Verband lönz. Apotheker hält mit Rücksicht auf die sich immer bedenklicher gestaltenden Verhältnisse im Apothekewesen ein Reichsapothekengesetz auf Grund der unübertragbaren Personalqualifikation für dringend notwendig und unaufschiebbar. — Sollte sich eine derartige Reform in Wälde nicht ermöglichen lassen, so möge die Reichsregierung unverzüglich an die Ausarbeitung eines Gesetzentwurfes mit dem Prinzip der Niederlassungsfreiheit herantreten, mit gleichzeitiger Einführung einer erhöhten Vor- und Ausbildung.“

#### Zum Kapitel

#### „Apotheker und Reichsversicherungsordnung“

wurde nach Antrag des Vorstandes, den Dr. Stoburger-Berlin begründete, folgende Resolution angenommen:

„Die Versammlung bezieht die das Verhältnis zwischen Apotheker und Krankenkassen regelnden Bestimmungen des Entwurfs einer Reichsversicherungsordnung als dankenswerten Fortschritt. Sie hält es aber im Interesse des Standes für erforderlich:

1. daß die Versicherungsgrenze des § 107 der Reichsversicherungsordnung von 2000 M. auf 3000 M. erhöht wird.
2. daß die Bestimmung des § 438 der Reichsversicherungsordnung sinngemäße Anwendung auch auf Lieferung der den freien Verkehr überlassenen Arzneien und Artikel zur Krankenpflege findet.“

Der in der Resolution bezuggenommene § 438 des Entwurfs einer Reichsversicherungsordnung bestimmt: „Die Satzung kann die Kassenorgane ermächtigen, wegen Lieferung der Arznei mit einzelnen Apothekern Vorzugsbedingungen zu vereinbaren und die Bezahlung von Kosten abzulehnen, die durch Inanspruchnahme anderer Apotheken entstehen. Dies gilt nicht für dringende Fälle sowie gegenüber Apotheken, die sich bereit erklären, zu gleichen Bedingungen zu liefern.“

Aus den Beschlüssen der Hauptversammlung ist ferner die einstimmige Annahme folgenden Antrags hervorzuheben, der sich auf die

#### Vorbildung der Apotheker

bezieht: „Der Hauptvorstand möge bei der zuständigen Stelle erneut darauf hinwirken, daß als Vorbedingung für die Zulassung zu dem Apothekerberufe das Zeugnis der Reife zu einem deutschen Gymnasium, einem deutschen Realgymnasium oder einer deutschen Oberrealschule gefordert wird.“

Endlich fand der nachfolgende Antrag Annahme: „Der Hauptvorstand wird beauftragt, bei den zuständigen Behörden dahin vorstellig zu werden, daß die Ministerialbefugung vom 2. Juli 1883, die Dispensieranstalten der Krankenpflege, Gefangenen- und ähnlichen Anstalten betreffend, in dem Sinne abgeändert werde, daß die Arzneimittelabgabe in denselben nur durch Personen erfolgt, welche hinsichtlich ihrer Vor- und Ausbildung den Bestimmungen der pharmazeutischen Prüfungsordnung entsprechen. Bei Erteilung der Genehmigung zur Errichtung solcher Arzneiverforgungsanstalten ist auf die bestehenden öffentlichen Apotheken gebührende Rücksicht zu nehmen.“

#### Erfahrenspruch gegen den Eisenbahnfiskus aus mangelhafter Bedienung eines Krans.

Am 14. Dezember 1905 ließ die Cröllwitzer Aktien-Papierfabrik durch mehrere ihrer Leute, darunter den versicherten Maurer K., auf dem Bahnhof Trotha eine alte Dampfmaschine im Gewicht von circa 100 Zentner mittels des Hebkrans der Eisenbahn unter Aufsicht des Kramwärters W. des Beklagten auf einen Eisenbahnwagen verladen. Beim Herablassen der Maschine auf den Wagen verlagte die Bremsvorrichtung des Krans. Nach Anleitung des W. hielten die Arbeiter die Sturben und versuchten die Maschine langsam herabzulassen. Die Sturben drehten sich aber immer schneller, so daß die Arbeiter sie nicht mehr halten konnten. K. konnte nicht wie die anderen rasch genug zur Seite springen, und wurde von der Sturben, die er bedient hatte, am Unterleib getroffen und schwer verletzt.

Die Papiermader-Vereinsgenossenschaft, die verpflichtet ist, den K. nach Maßgabe des Gewerbeunfallversicherungsgesetzes zu entschädigen, hat den Eisenbahnfiskus verklagt, ihr gemäß § 140 dieses Gesetzes die Aufwendungen, die sie für den Verletzten gehabt hat und in Zukunft noch haben wird, zu erstatten.

Das Landgericht hatte die Klage abgewiesen, das Oberlandesgericht aber den Klageanspruch für gerechtfertigt erklärt, weil nach § 831 des Bürgerlichen Gesetzbuchs der Fiskus für den Schaden hafte, weil die Eisenbahnverwaltung zur Bedienung des Krans keine geeignete Persönlichkeit bestellt und dadurch die in bezug auf Dritte gebotene Sorgfalt verletzt hatte.

Gegen dieses Urteil hatte der beklagte Fiskus Revision beim Reichsgericht eingelegt, aber ohne Erfolg. Der 6. Zivilsenat erkannte auf Zurückweisung der Revision unter folgenden Erwägungen: „Die Klage der Revision, daß das Verwaltungsgericht § 831 des Bürgerlichen Gesetzbuchs verletzt habe, ist ungerichtet. Die Handhabung des Krans war, wenn es sich um die Verladung ungewöhnlich schwerer Lasten handelte, für eine Person ohne alle technische Schulung keineswegs ganz einfach, und der Mangel sachgemäßer Anleitung durch den Kramwärtter konnte, wie der Unfall zeigt, für die bedienende Mannschaft gefährlich werden. Das Verwaltungsgericht hat daher ohne Rechtsirrtum angenommen, daß der Beklagte sich nicht damit begnügen durfte, dem W. durch einen tüchtigen Instruktor eine einmalige Unterweisung erteilen zu lassen, sondern, daß er sich vor seiner Bestellung zum Kramwärtter in geeigneter Weise überzeugen mußte, daß er auch in nicht alltäglichen und schwierigen Fällen in der Handhabung des Krans völlig Bescheid wußte, und daß der Beklagte, weil er diese Nachprüfung

unterlassen, bei der Ausbald des W. zu der Verletzung, in deren Ausführung der Unfall verursacht worden ist, die gebotene Sorgfalt nicht beobachtet hat.“

## Aus Industrie und Handel.

Eine nette Submissionsblüte wurde durch die Ausschreibung der Jannweinrichtung der Arbeiterbaraden am Kaiser-Wilhelm-Kanal zutage gefördert. Für 700 Bänke und Tischbe verlangte der Mindestfordernde 13 800 M., der Höchstfordernde 42 300 M. Beim zweiten Los, Lieferung von 667 Säuranken, verlangte der Mindestfordernde 24 900 M. und der Höchstfordernde 68 600 M. Am tollsten aber offenbarte sich die Kalkulationsmut unseres Kapitalismus beim dritten Lose. Es wurden für 3000 Bettstellen verlangt von einer Berliner Firma 21 725 M. als Mindestfordernde, von der Höchstfordernden Kölner Firma dagegen 125 000 M., also rund das sechsfache des Mindestangebots, oder über hunderttausend Mark mehr. Damit dürfte hier, bei Inbetrachtigung des zu liefernden Gegenstandes, vorläufig ein Rekord errungen worden sein.

## Aus der Frauenbewegung.

### „Weiberdreifigkeit“ oder „professorales Geschwätz“?

Auf die Zuschrift des Herrn Professor Jordan, die wir in der Sonntagsnummer abdrucken, erhielten wir von dem Verfasser unseres Artikels über „Antifeminismus in der Presse“ folgende Antwort:

Nachdem Herr Professor Jordan, den wir neulich in einigen dreißig Zeilen bitter gefaselt haben sollen, die Rücksicht der Redaktion und die Geduld der Leserinnen so ungebührlich stark in Anspruch genommen, ist es für uns nicht ganz leicht, uns kurz zu fassen. Zurückzunehmen haben wir freilich nichts Wesentliches. Daß wir Professor Jordan irrtümlich für einen Antifeministen hielten, ist wohl berechtigt. Es gibt ein Sprichwort: Sage mir, mit wem Du umgehst, und ich will Dir sagen, wer Du bist. Wenn Jordan vorgibt, politisch über allen Parteien zu stehen, was ein ungläublicher Konfession ist, so sollte ihn doch das einfache Sauberkeitsbedürfnis von den Parteifreunden des Triolen-Schad fernhalten.

Daß die Frauenbewegung die Etablierung einer Frauenherrschaft und damit die „Verweiblichung“ und Verweichlichung des gesamten gesellschaftlichen Lebens erstrebe, ist eine ebenso alte wie unbeweisbare Behauptung ihrer Gegner. Weder Anrecht noch Herrschaft der Frau ist die Lösung der Frauenbewegung, sondern Gleichberechtigung mit dem Manne auf allen Gebieten des öffentlichen und privaten Lebens zum Heile unserer Kulturentwicklung, die längst nicht mehr auf der rohen Kraft der Faust oder des Armes beruht. Die Frauenbewegung ist trotz Herrn Prof. Jordan ein Teil der kulturellen Aufwärtsbewegung.

Daß er einigen „männlich geordneten Frauen“ allenfalls gestatten will, mit dem Manne in Wettbewerb zu treten, ist sehr gnädig von unserem Antifeministen, würde aber an der Sache gar nichts ändern. Das Fehlen der geistig-sittlichen Mitwirkung der Frau, d. h. gerade der weiblich denkenden und fühlenden, hat sich an unserem gesamten sozialen Leben bitter genug gerächt und Uebelstände groß werden lassen, unter denen die ganze Gesellschaft schwer zu leiden hat. Große Gebiete unseres Kulturlebens liegen brach — es sei nur an den Mutter- und Kinderschutz zu erinnern — Gebiete, auf denen die Frau ihre Eigenart betätigen könnte. Ja, ihre Eigenart. Wie haben wir behauptet, daß die Frau dem Manne in allen Dingen gleich sei. Aber gleichwertig ist sie ihm und darum auch gleichberechtigt. Professor Jordan behauptet schlankweg, daß die Frau einfach nicht leisten könne, was der Mann leistet, daß sie z. B. von Logik und Mathematik nichts versteht und die Frauenwelt noch kein schöpferisches Genie vom Range der Mozart, Beethoven, Wagner hervorgebracht habe. Ja, glaubt er denn, daß die Männerwelt nicht mehr Genies hätte hervorbringen können, als die wenigen bekannten? Wieviele geniale Anlagen und bedeutende Talente gehen zu Grunde, weil sie unter der Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse keine Möglichkeit zu ihrer Entfaltung hatten! Wie ein Glied, das nicht gebraucht wird, in seiner Entwicklung gehemmt wird und allmählich verkümmert, so ist es auch auf geistigem Gebiete. Jahrtausendlang hat man die geistige Entwicklung der übergroßen Mehrzahl der Frauen künstlich gehemmt, und nun verlangt man den Nachweis großer Genies von ihnen! Die lange Reihe glänzender Frauennamen, die trotzdem auf fast allen Gebieten der Kunst und Wissenschaft in der Gegenwart und Vergangenheit zu verzeichnen sind, lassen für die zukünftige Entwicklung eines von allen unnatürlichen Hemmungen befreiten Frauengeschlechts das Beste hoffen.

Das Frauenstimmrecht aber, dessen Forderung Prof. Jordan so mühsam als Weiberdreifigkeit belämpft, wird heute längst nicht mehr aus den alten naturrechtlichen Erwägungen heraus erstritten, sondern auf Grund unserer in voller Umwidlung begriffenen sozialen Verhältnisse. Millionen und aber Millionen von Frauen hat die kapitalistische Entwicklung mitten in das Erwerbsleben hineingeschleudert. Der Besitz des vollen Bürgerrechts ist eine Notwendigkeit für sie, um ihre wirtschaftlichen und kulturellen Interessen wahren zu können.

Aber freilich, unser Antifeminist wird dies so wenig gelten lassen, wie er die praktischen Beweise der Tüchtigkeit und politischen Reife gelten läßt, welche die Frauen in Neu-Seeland, Finnland und einigen amerikanischen Staaten erbracht haben. Logik ist Jordans starke Seite eben nicht. Das bewies schon sein Artikel „Weiberdreifigkeit“, dem wir neulich nur einzelne Stichproben entnahmen. Der Ton, den er hier anschlug, war so anmaßend und überheblich, seine Beweisführung für die Unbedeutendigkeit der Frau so oberflächlich, daß eine ernste Zurückweisung nötig war. Seine weitgeschweifige „Verächtigung“ berichtigt in Wirklichkeit gar nichts, sondern wiederholt in etwas höflicherem Tone die in der „Staatsbürgerzeitung“ niedergelegten pseudowissenschaftlich verbrämten Spießbürgeransichten. Wenn Herr Prof. Jordan es für gut findet, seine abgestandene Weisheit über das Frauenstimmrecht mit seinem vollen Ramen zu zeichnen, nun — es kompromittiert sich jeder so gut er kann.

### Versammlungen — Veranstaltungen.

Brix-Budow. Heute abend 1/9 Uhr findet in Brix, Rosenfee, Gausseest. 69-70, eine Frauenversammlung statt. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen W u h y über „Proletarische Jugendzucht“, 2. Diskussion, 3. Verschiedenes. Der Vorstand

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Wachstügel der Unternehmer.

Frankfurt a. M. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Von 1600 organisierten Holzarbeitern wurden in 20 Betrieben 258 ausdesperrt.

### Ein Deutscher abgestürzt.

Bernatt, 20. September. Beim Ueberqueren des Rheodul-passes stürzte auf der Schweizer Grenze ein von Italien kommender Deutscher, namens Bruno Schubert, der Sohn des Tischlers Schubert in Görlitz in Schlesien, ab. Die Leiche ist geborgen.

### Die Reaktion wütet.

Barcelona, 20. September. (U. G.) Die Sozialistin Frau Solobad, Villa Franca, ist heute von der Zivilgarde verhaftet und ins Gefängnis gebracht worden. Die Ursache der Verhaftung wird nicht angegeben.







Demagogie durch die andere aufheben will, während die eine die andere nur steigert und schädlicher macht, in einer Zeit, wo wir so dar sind aller Staatsmänner, daß Sie verstehen, daß ich in dem Zusammenhange den Baron Bienerth erwähne, daß es Leute gibt, die auch ihn für einen Staatsmann halten (Seiterzeit), in einer solchen Zeit müßte man bezweifeln an der Zukunft der Völker in diesem Land, wenn man nicht wüßte, daß die sozialdemokratische Arbeiterschaft der feste Punkt ist und der feste Boden und die erste und letzte Zuflucht überall im Lande, im Staat und im Reiche. (Lebhafter Beifall.)

Die Entwicklung unserer politischen Organisation ist nicht immer in gleichem Maße aufsteigend gewesen, sondern selbstständig beeinflusst durch wirtschaftliche und politische Krisen, von vielen Rückschlägen unterbrochen. Aber wir können zurückgeworfen werden, wir können schwere reaktionäre Krisen erleben — und ich bin der Letzte, der unsere Gegner und unsere Regierenden etwa so taxiert, als ob es einen Wahnsinn gäbe, der bei ihnen nicht möglich wäre (Seiterzeit) — aber ein Einbüßen unserer Bewegung ist ganz unmöglich. Wir haben nichts mehr zu fürchten, wir sind stark genug, um jedem der reaktionären Versuche zu widerstreben. Wir sind stark genug für uns und hoffentlich werden wir stark genug sein für die Völker Oesterreichs überhaupt. (Lebhafter Beifall.)

Die Schwierigkeiten, die uns augenblicklich wieder umgeben, werden ja gewiß Gegenstand der Diskussion auch auf dem Parteitag sein. Es ist nicht meine Sache, heute eine aktuelle politische Rede zu halten. Aber das eine muß ich doch vorwegnehmen: die Sozialdemokratie hat in den zwei Jahren, seitdem wir das allgemeine Wahlrecht erobert haben, gezeigt, daß sie den schwierigsten politischen Aufgaben im Parlamente gewachsen ist wie keine andere Partei. Ich sage das um zu begründen, daß wir in der politischen Arbeit, auf die unsere Gegner uns immer verwiesen haben, gegenüber dem Umsturzprogramm, das wir an die Spitze stellten, daß wir in dieser politischen Arbeit von keiner Partei auch nur annähernd erreicht werden. Gemäß auch in dieser Beziehung ist die Aufgabe der Partei eine schwierige. Die schönen alten Zeiten, wo man nur für die großen Grundprinzipien der Partei agitieren konnte, wo es sich nur um große einfache grundlegende Gedanken gehandelt hat, sind vorbei, wir müssen jetzt sehr viele Detailarbeit machen, wir müssen jetzt viel kleine Probleme lösen, und gewiß hat manchem von uns ein Gefühl der Sehnsucht nach jenen alten Zeiten erfaßt. Aber es ist unvermeidlich, man muß die Dinge lernen, und auch die Proletarier in den Verhältnissen müssen es lernen, diese einzelnen Fragen der proletarischen Politik mit Verstand zu verfolgen. Das ist allerdings hier in Nordböhmen in hervorragendem Grade der Fall. Und ich glaube, ich werde auf volles Verständnis stoßen, wenn ich sage, daß die Fragen unserer Parteipolitik hier in Nordböhmen — Ihr seid ja hier alle mehr oder weniger Philosophen, und soweit Ihr es nicht seid, seid Ihr Dichter (Seiterzeit) — verstanden werden als solche, die das Wesen des Kampfes ausmachen. Der größte Kampf ist sich in Einzelgefechte auf und das ist das Resultat unserer Arbeit, daß wir endlich in das tiefe Wasser hineingelassen sind. . . . Da fällt mir ein Wort des alten Philosophen Demokrites ein, von dem ich unlängst gelesen habe, daß er sagt, das tiefe Wasser ist zu vielen Dingen nützlich, das tiefe Wasser ist auch in manchen Dingen schädlich, denn man kann darin ertrinken. Da hat man denn ein Mittel erfunden, um dieser Gefahr zu begegnen, nämlich schwimmen zu lernen. Dieses Mittel, das diese neu aufwachsende Klasse, die sich die Grundlinien ihrer Politik längst geschaffen hat, nun auch lernen muß: in dem tiefen Wasser, in das sie eben erst hineingelassen ist, zu schwimmen, nicht zu ertrinken in diesen Problemen, nicht, wie so viele bürgerliche Parteien, versinken, nicht ihr eigenes Programm im Stiche zu lassen, nicht zu träumen und nicht zu versprechen, sondern praktische Arbeit zu tun, das heißt wirksame Arbeit zu tun. Diese Aufgabe, jeden Tag und jede Minute nicht nur den Fortschritt, sondern auch die Methode des Fortschritts zu lernen, diesem schwierigen Problem, das können wir sagen, hat die Sozialdemokratie in Oesterreich und die deutsche nicht zuletzt, ihre besten Kräfte und nicht ohne Erfolg gewidmet. Wir haben die Genugtuung, daß uns, den Vertrauensmännern des Proletariats, die Tausende und Zehntausende, in deren Namen und für deren Interessen wir arbeiten, mit Vertrauen und mit Verständnis folgen. Wir haben den großen Erfolg, daß wir in einer sehr kurzen Zeit eine völlige Aenderung unserer ganzen tatsächlichen Anwendung des Programms durchmachen mußten und sie mit etwem Glück durchgemacht haben und das gibt uns die Sicherheit, daß wir auch von der Zukunft nichts zu fürchten, sondern alles zu hoffen haben. (Lebhafter Beifall.)

Wir sind in einem Momente, wo die Regierung wieder einmal nicht weiß, wie sie mit dem Parlamente fertig werden soll. Eine solche Regierung hat nach allen Grundsätzen des konstitutionalismus zu gehen. Wer nicht regieren kann, der muß den Wanktrott erklären und muß abtreten. Aber Bienerth darf nicht abtreten, man will ihn nicht abtreten lassen. Dann gibt es nur eins, dann muß man an die Wählerchaft appellieren (Stürmischer Beifall), ob sie geneigt ist, die Wirtschaft im Parlamente und in der Regierung weiterhin zu dulden und zu sanktionieren. Die bürgerlichen Parteien tun, als würden sie in Oesterreich sehr viel bedeuten und mehr wie sonst bedeuten. Sie machen viel Lärm, das ist alles. Sie verstehen zu geräuschen, sie verstehen zu hindern, aber sie verstehen nicht zu schaffen. Ihr ganzer Triumph ist, daß sie den böhmischen Landtag lahmlegen können oder den Reichsrat lahmlegen können und sie weiterfeiern, wer das besser kann, wer mehr Waffen hat des politischen Selbstmordes, wer besser lahmlegen kann alles, was Fortschritt und Fortschrittmöglichkeit in diesem Lande ist. Wir sind aber überzeugt, daß die breiten Kreise des Volkes weit über die Sozialdemokratie hinaus mit diesem Treiben nicht einverstanden sind (Lebhafter Beifall), wir haben die feste Ueberzeugung, daß die breiten Massen, die einer schweren wirtschaftlichen Krise unterliegen, die von der ausbeuterischen, wucherischen Politik unserer Agrarier bedroht werden und die bedroht werden von den neuen Forderungen des Militarismus — was sage ich von den Forderungen? — von den schon gemachten Leistungen des Militarismus (Stürmische Zustimmung.) gegen und ohne das Parlamente, daß sie weder einverstanden sind mit dieser Politik der nationalen Hybris noch mit der Politik der politischen Impotenz, die uns von unserem Ministerium als das alleinseligmachende Mittel der Verabfolgung präsentiert wird. Wir stehen auf dem Standpunkte: entweder die Regierung muß erneuert werden oder das Parlamente! Wenn die Regierung nicht zurücktreten will, dann Appell an die Wähler. Wir sind bereit, heraus! (Stürmischer anhaltender Beifall.) Wenn es den Herren so gut geht und wenn sie gar so äppig sind, so mögen sie es versuchen, mögen sich nicht bedecken hinter die Jungmannschaften. (Seiterzeit und Beifall.) Daß die Jungmannschaften die Macht am Rhein singen können, wissen wir. Wir haben vielleicht weniger gedeult, aber wir haben mehr gearbeitet, und wir wünschen nichts schärfer, als die Früchte dieser Arbeit aufzeigen zu können und zu messen mit den Leistungen der anderen. Die Herren machen sich ja ungeheuer maßig, da sollten sie doch nicht vergessen, diese deutschen Parteien, daß nach den verzerrten christlichsozialen und konservativen Parteien, auch aller Parteien schwarzer Couleur, gleich die Sozialdemokraten kommen, also die weitläufigste deutsche Partei, hinter der lange, lange nichts kommt und schon beinahe überhaupt gar nichts (Seiterzeit), bis endlich die Radikalen, das was Raul am höchsten nehmen. Solange es sich um das Kaulaufmachen handelt, solange können die Herren tun, als ob sie allein auf der Welt wären. Beim Weltgesang tun wir nicht mit, wenn es auf die Arbeit im Parlamente ankommt, wenn es auf die Arbeit und die Probe in der Wählerchaft ankommt, dann wird man uns wieder hören, und zwar so gründlich hören, wie man uns schon gehört hat, daß den Herren das Arm ausgegangen ist. (Lebhafter Beifall.)

Wir wollen den Parteitag in der Ueberzeugung beginnen, daß wir Rechenschaft ablegen vor dem gesamten Proletariat und daß wir diese Rechenschaft nicht zu scheuen haben. Wir wollen vor unsere Auftraggeber treten und ihnen sagen: Wir deutschen Sozialdemokraten haben im Bunde mit unseren Genossen der anderen Nationen, die dieselben Kämpfe haben und mindestens so schwer wie wir, das Schwere geleistet, eine Leistung, an der alle Nationen teilhaben: Auf dem Boden dieses vom Nationalitätenhader zerrissenen und erschütterten Parlamentes haben wir einen Verband der sozialdemokratischen Abgeordneten hingestellt, der sich als der Feld des Parlamentes, als die gemeinsame Fahne des Proletariats im Parlamente erweisen hat. Das ist eine Leistung, die unmöglich wäre, wenn nicht alle das große Ideal der politischen Solidarität erfüllen würde, das große Ideal einer Einheit, die unverbrüchlich ist und unzerbrechbar. (Stürmischer Beifall.) Gewiß, die nationalen Gegensätze sind da und wir sind die Besten, vor dieser Tatsache den Blick zu verhüllen und uns blind zu stellen. Man kann nicht Dinge aus der Welt deklamieren, die die ganze Geschichte Oesterreichs bestimmen, aber diese Gegensätze sind ebenbürtige Aufgaben für die Völker und sie sind zu lösen durch die Völker selbst. Wir sind der Ueberzeugung, daß man nur die Möglichkeit bieten müsse einer ernsten Verhandlung von Nation zu Nation und daß dann das große gemeinsame Interesse vor allem des Proletariats aller Nationen durchschlägt wird. Wir in Wien sind Zeugen einer Episode, die Sie in Nordböhmen schon lange kennen und Sie haben gehört, daß es in den Straßen Wiens sehr aufgeregt war. Lassen Sie sich nicht allzu sehr täuschen, die Sache hat politisch nicht sehr viel zu bedeuten. Es ist ein Maßstab dafür, daß die Aufregung gewisse mittlere Kreise ergriffen hat, es ist ein Beweis, wie dumm und wie das jeder Verantwortung unsere deutschnationalen Politik machen, ein Beweis, daß, wenn es in Prag möglich ist, mehrfache Studenten zu prägen, auch in Wien Leute, die sich deutsche Männer nennen, genau daselbe und genau so hübsch verüben können. Aber glauben Sie nicht, daß diese Episoden bestimmend sein können für die Zukunft unserer nächsten Zeit. Wir wissen, daß es nicht leicht ist, in allen Einzelheiten der nationalen Fragen zu einer gemeinsamen Lösung zu kommen. Aber es lebt doch in uns allen die feste Ueberzeugung, daß die Nationen in Oesterreich in Frieden zusammenleben müssen, wenn es nicht zugrunde gehen soll. Bestehen läßt sich keine Nation, und weil keine die andere besiegen kann, müssen wir uns miteinander vertragen. (Bravos!) Und ich glaube, daß die deutsch-österreichische Sozialdemokratie ihr gutes Teil dazu geleistet hat. Die Rechenschaft, die Ihre Vertrauensmänner Ihnen zu geben haben, löst sich auf in eine ganze Reihe von einzelnen Punkten. Aber es gibt einen Gesamtpunkt, eine Endsumme und die ist bezeichnet durch unser Parteiprogramm. Unser Programm schreibt uns vor, das Proletariat zu organisieren, es physisch und geistig zu heben, es geeignet zu machen, den Klassenkampf zu führen. An diesem höchsten Maßstab gemessen, können wir ruhig vor Sie hintreten, denn ich glaube, wir haben ein gut Teil dieser Aufgaben bereits erfüllt. Und in diesem Sinne sage ich: Vorwärts, vorwärts zu neuen Kämpfen und Siegen. Es lebe die deutsch-österreichische Sozialdemokratie, die gesamte österreichische Sozialdemokratie und die internationale Sozialdemokratie überhaupt! (Stürmischer Beifall.)

Nachdem die Arbeiterhöre noch ein Lied gesungen hatten, erfolgte die Konstituierung des Parteitages. Abg. Staret begrüßte namens der Parteivertretung die von den Bruderparteien entsendeten Vertreter (vom deutschen Parteivorstand sind Genosse Ebert und Genossin Pich anwesend) und erklärt den Parteitag für eröffnet. Zu Vorsitzenden werden einstimmig gewählt die Abgeordneten Genossen Bernerstorfer, Schäfer und Tomshil.

Dann wird die Tagesordnung wie folgt festgesetzt: Berichte der Parteivertretung. Berichterstatter J. Staret und Dr. W. Ellenbogen. Berichte der Kontrolle. Berichte über die Parlamentstätigkeit. Berichterstatter A. Seih. Berichte über die Tätigkeit der Sozialdemokraten in den Landtagen. Berichterstatter S. Resel. Berichte über die Tätigkeit der Sozialdemokraten in der Gemeindeverwaltung. Berichterstatter E. Winarski. Parteiorganisation. Berichterstatter J. Staret. Korrespondenz. Seliger. Parteipresse. Berichterstatter H. Aufferliß und G. Emmerling. Wahl der Parteivertretung. Äußere Politik und Steuern. Berichterstatter Dr. Viktor Adler. Indirekte Steuern und Lebensmittelsteuerung. Berichterstatter Dr. A. Renner. Sozialversicherung. Berichterstatter R. Eiderich und Adelsheid Popp.

An die Eröffnung des Parteitages schloß sich ein Konzert. Die Verhandlungen beginnen Montag 9 Uhr.

## Aus der Partei.

Die Parteitagstadt der deutsch-österreichischen Sozialdemokratie. Gleich dem Leipziger Parteitag tritt auch der heutige Parteitag der deutsch-österreichischen Sozialdemokratie auf parteihistorischen Boden zusammen. Will Leipzig als die Wiege der deutschen Sozialdemokratie, so kann man Reichenberg als die Wiege der sozialdemokratischen Bewegung in Oesterreich ansehen. Hier gab es schon vor Beginn der modernen industriellen Entwicklung eine dank dem Blühen des Gewerbes etwas besser gestellte intelligente Arbeiterschaft, die Tuchmachergelassen, die sich schon frühzeitig für das politische und soziale Leben interessierten. Gefördert wurde dieses Interesse durch die Nähe des politisch lebhaftesten Deutschlands und durch das fleißige Wandern der Reichenberger Tuchmachergelassen in den deutschen Landen und der Schweiz. Schon in den sechziger Jahren — die Reichenberger Tuchmacherei war damals noch teils Kleinindustrie, teils Manufaktur — kam es im industriellen Bildungsbereiche zu heftigen Debatten und Streitigkeiten, die mit der Ausschließung der sozialistischen Mitglieder endeten. Diese gründeten den Fachverein der Hand- und Manufakturarbeiter, der diese Mitglieder gewann und eine lebhafteste Tätigkeit entwickelte, bis er in der Reaktion der achtziger Jahre aufgelöst wurde. Eine der ältesten Organisationen Reichenbergs ist die heute noch bestehende Allgemeine Arbeiterkassenkasse, die 1870 gegründet wurde und in der Reaktionsperiode die einzige Möglichkeit bot, in harmlosem Gewande für den Sozialismus zu agitieren. In den sechziger Jahren gab es hier die erste, mächtigste Demonstration, und zwar wegen der Verhaftung Andreas Scheus, der damals in Nordböhmen Verhaftungen abboli, auf dem Reichenberger Marktplatz nahm Militär Auffstellung, und durch einen Schuß wurde ein ganz Unbeteiligter getötet. Blut floß auch 1868 in Dörfel bei Reichenberg, wo die Gendarmen anlässlich eines Streiks in eine Menge von Männern, Frauen und Kindern schossen und drei Tote als Opfer fielen. Schon in den sechziger Jahren wurde hier das erste Arbeiterblatt, der „Arbeiterfreund“, gegründet, der acht Jahre lang erschien und in der Reaktionsperiode dadurch unterdrückt wurde, daß jeder Genosse, der ihn verantwortlich zeichnete, sofort nach der ersten Nummer verhaftet und dem Prager Landesgerichte eingeliefert wurde. In dieser Zeit wurden aus Reichenberg und dem übrigen Nordböhmen eine ganze Menge Genossen nach Prag geschafft, wo die meisten unter dem Verdachte der Geheimbündelei monatelang in Untersuchungshaft saßen mußten, um dann entweder freigesprochen oder zu geringen Strafen verurteilt zu werden. Die achtziger Jahre waren auch bekanntlich die Jahre der Spaltung der österreichischen Genossen, und auch in Reichenberg gab es damals „Radikale“ und „Gemäßigte“. Zu der Zeit wurde hier das zweite Arbeiterblatt, „Der Stadtfahrer“, herausgegeben, dessen Redakteur der untergehaltene Agitator und Arbeiterführer Josef Schiller (Schiller-Gepp) war. In Reichenberg weilte in den sechziger Jahren auch August Debel; auf einer Wiese, in aller Heimlichkeit, hielt er eine Lesepredigt mit mehreren Genossen ab, die zur Aneignung des Programms der „Eisenader“ führte. Vemerlenswert ist auch, daß der heutige Parteitag schon der dritte ist, der in Reichenberg

stattfindet. Freilich sahen seine beiden Vorgänger ganz anders aus. In den sechziger Jahren versammelten sich zweimal Genossen aus Wädern, Wädern, Wien und Steiermark in der Nähe von Reichenberg zu „Parteitagen“. Der erste fand am Hoberischen Berge in einem Walde statt, der mit einer Postenkette von Späheren, mit Fernrohren bewaffnet, umstellt war; denn die Entdeckung hätte den Teilnehmern wohl schwere Strafen gebracht. Der zweite „Parteitag“ tagte im Jahre 1870 vor Hainfeld in der Wohnung eines Parteigenossen in Hordorf bei Reichenberg. Auch jene bekannten ersten primitiven Anfänge der Arbeiterbewegung, die in Verzweiflungsakten bestanden, sah Reichenberg schon: Im Jahre 1844 durchzog eine Schar hungernder Arbeiter das Katharinenberger Thal, bis sie vor den Toren der Stadt durch die bewaffnete Macht aufgehalten wurde; auf ihrem Wege demobilisierten die verzweifelten Arbeiter überall die neuen Maschinen. . . . In den Jahren bis 1905 beriefte die nordböhmerische Bewegung die Genossen anderer Gegenden oft durch ihre Stagnation und durch ihren Kleinbürgerlichen Charakter in Staunen, hat doch die moderne Gewerkschaftsorganisation erst seit fünf Jahren die so selbstverständliche dominierende Stellung in Nordböhmen inne. Dieses Mittel ist die Betrachtung der österreichischen Verhältnisse. Die ersten Sozialdemokraten Reichenbergs waren Gesellen eines Gewerbes, das damals noch beinahe zumutlich organisiert war. Die moderne Industrie aber entwickelte sich in ganz Nordböhmen nur langsam und allmählich auf den Trümmern der zugrunde gehenden und zum größten Teile schon zugrunde gegangenen Hausindustrie, ausgehungerte Handwerker und ihre Nachkommen waren das erste und hauptsächlichste Arbeitermaterial dieser Industrie. In diesem Milieu entwickelte sich ein Kleinbürgerlicher Gefühl und Armutsozialismus, der erst in den letzten Jahren dank der rapiden industriellen Entwicklung während der Hochkonjunktur überwunden und durch das ökonomisch-führische Denken ersetzt wurde. Organisatorisch kam dies im Verschwinden der alten Bildungsvereine und im Aufschwung der modernen Gewerkschaftsbewegung zum Ausdruck.

### Der württembergische Hofsang.

Die im Parteitagbericht vom Sonnabend erwähnte Erklärung des Genossen Dr. Lindemann lautet wörtlich:

Stuttgart-Dezernat, 16. Sept. 1906.  
Herrn Paul Singer, Vorsitzenden des Parteitages der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Leipzig.  
Werter Genosse!

Aus der Presse sehe ich, daß von Beteiligten, deren Namen aus dem Bericht nicht ersichtlich sind, eine Erklärung über ihre Teilnahme an dem Ausflug des württembergischen Landtages nach Friedrichshafen auf dem Parteitage abgegeben worden ist. Ich bin dieser Erklärung sowie den von Ihnen daran geknüpften Ausführungen gegenüber verpflichtet, festzustellen, daß mir diese Erklärung nicht vorgelegen hat, daher auch nicht für mich abgegeben worden ist und in dieser Form von mir auch nicht abgegeben worden wäre.

Ich bitte Sie, diesen Brief dem Parteitag mitzuteilen und ihn zu Protokoll des Parteitages geben zu wollen.

Mit Parteigrüß

Lindemann.

Genosse Lindemann hätte unseres Erachtens die Pflicht gehabt, sehr viel deutlicher zu werden. Aus dieser Erklärung ist nicht zu entnehmen, ob er in Zukunft vermeiden will, die Gefühle der Parteigenossen durch Hofsänge zu verletzen. Wird er darüber noch etwas verlauten lassen?

### Pollzeiliches, Gerichtliches usw.

#### Drei Prozesse.

Die „Dresdener Volkswacht“ hatte in zwei Tagen drei Prozesse zu bestehen. Der Waldenburger Bergwerksdirektor Müller war in einem Artikel als der Hauptschuldige an der Typhus-epidemie in Altwasser bezeichnet worden. Er fühlte sich beleidigt und strengte eine Privatklage an. Der verlagte Redakteur, Genosse Schiller, wollte den Wahrheitsbeweis erbringen und beantragte die Ladung von 15 Zeugen. Das Schöffengericht in Waldenburg lehnte die Ladung sämtlicher Zeugen ab und erkannte ohne Beweisaufnahme auf eine Geldstrafe von 300 M.

Bei dem Frühjahrserbschaftsfall in Gräbchen bei Dresden hatte ein Gendarm einen Gestellungspflichtigen mit einem scharfen Säbel arg am Kopfe zugerichtet. Die „Volkswacht“ bezeichnete das Vorgehen als geschwürdig; die Dresdener Strafkammer hielt aber die Säbelhauerei als „in rechtmässiger Ausübung des Amtes“ erfolgt und verurteilte den Genossen Schiller zu 100 M. Geldstrafe.

In Domb (Oberhessen) erschien ein Polizist am Abend vor dem Buhlage in einem Lokal, in dem eine Hochzeit gefeiert wurde. Er zog den Säbel und forderte die Teilnehmer zum Verlassen des Lokals ab. Der Amtsvorsteher erwiderte auf die sofortige Beschwerde, daß der Beamte gar keinen Auftrag gehabt habe, sich um die Hochzeit zu kümmern, und er erlaubte die Fortsetzung der Feier. — Weil die „Volkswacht“ der Meinung war, der Polizist hätte kein Recht gehabt, sich so zu benehmen, wurde Genosse Wolff zu 50 M. Geldstrafe verurteilt. Der Staatsanwalt hatte eine Woche Gefängnis beantragt.

## Gerichts-Zeitung.

### Verstümmelter Mord?

Vor dem Schwurgericht des Landgerichts I hatte sich die Stepperrin Agnes Renast gestern wegen angeblichen verstümmelten Mordes zu verantworten. Die Angeklagte, die gestern 20 Jahre alt wurde, ist angegeblich, am 6. Juni auf ihren Geliebten, dem 19 Jahre alten Metzfabrikanten Otto Siebert, mit dem sie zusammenlebte und der der Vater ihres Kindes ist, drei Revolverkugeln abgegeben zu haben, von denen der eine den Siebert in die linke Halsseite traf und ihn schwer verwundete. Die Angeklagte lernte den Metzfabrikanten Otto Siebert kennen, sie trat zu ihm in intime Beziehungen und wurde durch ihn Mutter eines kleinen Mädchens. Die beiden jungen Leute nahmen eine gemeinsame Wohnung, die in der Polifadenstraße 69 auf den Namen der Angeklagten gemietet worden war. Es kam dann bei den jungen Leuten zu Zwistigkeiten, die aus nichtigen Ursachen, Eifersüchteleien und finanziellen Dingen entspringen. Siebert ging seine eigenen Wege und erhielt von der Angeklagten mehrfach Vorwürfe darüber, daß er so oft erst spät abends nach Hause kam und mit anderen Mädchen Verkehr hatte. Im Anschluß an solche Vorwürfe kam es auch mehrfach zu Tätlichkeiten des Siebert, der ihr bei solchen Gelegenheiten vorzuhalten pflegte, daß sie schon vor ihm Umgang mit Männern gehabt und aus einem solchen Verhältnis ja ein Kind habe. Am 31. Mai, dem Pfingstmontag, kam es zu einem neuen Zerwürfnis zwischen beiden, wobei eine eifersüchtige Regung der Angeklagten eine Rolle spielte. An den nächstfolgenden Tagen sahen sich beide kaum. Siebert ging in aller Frühe aus dem Hause und kehrte erst spät abends, wenn die Angeklagte schon schlief, wieder heim. Am 3. Juni hatte Siebert Geburtstag und gerade an diesem Tage kehrte er überhaupt nicht in die gemeinschaftliche Wohnung zurück, sondern feierte abends den Tag in einem Schanklokal in Gesellschaft mit anderen Leuten. Siebert wollte dann die Angeklagte ganz verlassen und mietete sich eine Schlafstube. Am 4. Juni erschien er in der Wohnung der Angeklagten, um seine Sachen abzuholen. Es wurden ihm zunächst verweigert, denn die Angeklagte verlangte noch Pfloggeld für das Kind und die Rückgabe einer kleinen Geldsumme, die sie ihm geliehen hatte. Am 6. Juni, einem Sonntag, erschien Siebert wieder bei ihr, brachte ihr seinen Beitrag zum Pfloggeld und verlangte einen Anzug, der noch in der Wohnung sein mußte. Bei den Auseinandersetzungen hierüber ergriff die Angeklagte plötzlich einen von ihr wenige Tage vorher angekauften Revolver, dessen fünf Kugeln geladen waren, und richtete ihn auf Siebert. Zwei Schüsse gingen fehl, eine Kugel aber ging in den Hals des Siebert, der











Partei-Angelegenheiten.

Charlottenburg. Heute abend 8 Uhr findet im großen Saale des Volkshauses, Rosinenstr. 3, die Generalversammlung des Wahlvereins statt. 1. Bericht vom Leipziger Parteitag. Referent: Genosse Fritz Jubeil. 2. Diskussion. 3. Aufstellung der Kandidaten zur Stadtverordnetenwahl. 4. Vereinsangelegenheiten. Mitgliedsbuch legitimiert. Der Vorstand.

Groß-Lichterfelde. Heute abend 8 Uhr findet im Saale des Herrn Richter, Chausseestr. 104, eine öffentliche Versammlung statt, in welcher Genosse Kurt Eisner über „Die Aktion der Sozialdemokratie“ sprechen wird. Die Genossen und Genossinnen werden ersucht, überall auf die wichtige Versammlung aufmerksam zu machen und für starken Besuch derselben zu agitieren. Der Wahlvereinsvorstand.

Zehlendorf (Kreis Zeltow). Heute Dienstag, den 21. September, abends 8 Uhr, findet die Mitgliederversammlung bei Venno Wiedeh, Potsdamer Straße statt. Tagesordnung: 1. Berichterstattung vom Leipziger Parteitag. Referent: Genosse Ullm. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Verschiedenes. Der Vorstand.

Treptow-Baumfalkenweg. Die für heute fälligen Monatsversammlungen der Ortsseile fallen aus; der Termin wird später an dieser Stelle bekannt gegeben. Der Vorstand.

Ober-Schöneweide. Den Genossen zur Nachricht, daß die zum Mittwoch, den 22. d. M., angelegte Mitgliederversammlung des Wahlvereins nicht stattfindet. Näheres wird noch bekannt gegeben. Der Vorstand.

Röpenitz. Heute abend 8 1/2 Uhr Versammlung des Wahlvereins im Lokale des Herrn L. Scheer („Wilhelmsgarten“). Vortrag des Genossen G. Fischer-Schönberg. Der Vorstand.

Mariensfelde. Donnerstag, den 23. September, abends 8 Uhr findet im Lokal von Ad. Berger, Berliner Straße 114, eine Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Genosse Max Schütte hält einen Vortrag über „Weltanschauung und Weltuntergang“. Gäste haben Zutritt.

Königs-Wusterhausen und Umgegend. Den Parteigenossen zur Kenntnis, daß die Mitgliederversammlung des Wahlvereins umständehalber erst am Mittwoch, den 29. September, stattfinden kann. Der Vorstand.

Zeltow. Am heutigen Dienstag, abends 8 Uhr, findet im Lokale des Genossen W. Bonow unsere regelmäßige Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: Bericht der Stadtverordneten aus ihren Sitzungen. Der Vorstand.

Jossen. Am Donnerstag, den 23. d. M., abends 8 Uhr, findet im Lokale des Genossen P. Kurzer unsere Wahlvereinsversammlung statt. Tagesordnung: 1. Vortrag über die politische Lage. 2. Bericht von der Verbandsgeneralversammlung. 3. Bericht der Bezirksleiter über ihre Tätigkeit. 4. Verschiedenes. Da die letzte Mitgliederversammlung wegen zu schwachen Besuchs vertagt werden mußte, werden die Genossen ersucht, für regen Besuch dieser Versammlung zu agitieren. Der Vorstand.

Krawauw. Morgen abend 8 1/2 Uhr findet im Lokal des Herrn Ernst Schmidt, Wilhelmstraße 41/43, eine außerordentliche Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt, in welcher die Genossin Frau Neuge-Ritzdorf vom Leipziger Parteitag Bericht erstatten wird. Gäste haben Zutritt, auch werden neue Mitglieder aufgenommen. Der Vorstand.

Spandau. Die Generalversammlung des Wahlvereins findet am Mittwoch, den 22. September, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale von Paul Goldhof (früher Vordorff), Seeburger Straße 26, statt. Tagesordnung: 1. Bericht vom Parteitag. Referent: Genosse Dr. Karl Liebknecht; 2. Diskussion. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

„Gesindebesorgung“.

Für die Dienstmädchen Berlins hat der sogenannte „Gesindebesorgungs- und Unterstütuungs-fonds“, den die Stadt verwaltet, im letzten Jahre noch weniger als bisher zu leisten vermocht. Die Mittel dieses Fonds werden verwendet zur Unterstützung von Dienstmädchen, die nach langjähriger Dienst-tätigkeit in Berlin durch Alter oder Krankheit arbeits- und erwerbs-unfähig geworden sind und im übrigen durch „Leute“ sich einer Verlohnung würdig erwiesen haben. Als eine „Verlohnung“, die nur aus Gnade und Barmherzigkeit hergegeben wird, nicht als eine Invaliden- oder Altersbeihilfe, die nach Gesetz und Recht zu fordern wäre, wird die Unterstützung aus diesem Fonds den Dienstmädchen bewilligt. Sie besteht entweder in Ueberweisung an das besondere Gesindehospital oder in Gewährung von barem Gelde. Dem jetzt vom Magistrat veröffentlichten Verwaltungsbericht über das Etats-jahr 1908/09 entnehmen wir, daß im Laufe des Jahres die Zahl der Hospitalisierungen weiter gesunken ist, bis auf nur noch 85, so daß für die letzten fünf Jahre sich die Frequenzziffern 96, 97, 93, 93, 85 er-gaben. Stärker noch ist die Zahl der mit Geld unterstützten Dienst-mädchen heruntergegangen, im Laufe des letzten Jahres bis auf nur noch 158, so daß wir für das letzte Jahr fünfzig die unauhaltbar ab-wärts führende Reihe 209, 188, 178, 164, 158 herausbekommen. Die Summe der ausgezahlten Unterstützungen in Bar belief sich in den-selben fünf Jahren auf 18 231 M., 17 993 M., 16 974 M., 15 903 M., 14 915 M.; der Durchschnittsbetrag pro Kopf und Jahr blieb, wie man sieht, regelmäßig noch beträchtlich unter 100 M. zurück. Die Ausgabe für das Hospital hat sich natürlich nicht in gleicher Weise herabdrücken lassen; sie betrug zuletzt 28 827 M., ähnlich wie in den Vorjahren.

Herabdrücken mußte man die Barunterstützungen, weil der Gesamtbetrag der aus dem Fonds zur Verfügung zu stellenden Mittel von Jahr zu Jahr sich ver-ringert. Diese Verringerung erklärt sich daraus, daß der Fonds größtenteils auf unsichere und schwankende Ein-nahmen angewiesen ist und aus dem Stadtfiskus keinen Zuschuß erhält. Aus seinem Vorpostal von reichlich 1/2 Million Mark hat er einen Jahr für Jahr nahezu gleichen Zinsbetrag, im letzten Jahr 20 127 M. Aber ein erheblicher Teil der Einkünfte dieses angeblich zur „Verlohnung“ der Dienstmädchen bestimmten Fonds muß durch die Beiträge herangebracht werden, die man von den Dienst-mädchen selber fordert und im Weigerungs-falle einzieht. Darf man's den Dienstmädchen verübeln, daß sie der Zahlung dieser Beiträge a 50 Pf., die ihnen bei jedem Stellenwechsel abgenommen werden sollen, sich möglichst zu entziehen suchen? Eine Beitrags-pflicht ohne gleichzeitigen Unterstützungsanspruch — denn eine Unterstützung zu fordern, steht tatsächlich keinem Mädchen zu — ist doch eine geradezu skandalöse Un-gerechtigkeits! Groß ist daher alljährlich die Zahl der Reste — und gering ist der Betrag, der auf Reste noch eintrifft. In 1908/09 restierten wieder 6288 Beiträge, andererseits wurden Reste im Be-trag von nur 2122 M. bezahlt. Der Gesamtbetrag der aus den Dienstmädchen herausgeholtten Beiträge belief sich in den letzten fünf Jahren auf 25 380 M., 23 160 M., 20 980 M., 19 770 M., 18 720 M., wobei die Abwärtsbewegung im wesentlichen wohl daraus zu erklären ist, daß in Berlin die Zahl der Dienstmädchen überhaupt im Rückgang war. Trotz dieser Abwärtsbewegung ist die Summe, die aus den Tälchen der Dienstmädchen herausgeholt wurde, immer noch groß genug. Das Tollste ist, daß die zum Teil aus ihren eigenen Mitteln beschaffte „Verlohnung“ bei Lichte be-sehen als ein „Almosen“ gilt. Die im Hospital zu ver-pflegenden Mädchen müssen, ganz wie Stadtlarme, ihren Nachlaß dem

Stadtfiskus verschreiben und können andererseits bei etwa noch ein-tretender Besserung ihrer Einkommensverhältnisse zur Rückstattung der Pflegekosten genötigt werden. Das ist in der Tat der Gipfel der Rechtslosigkeit!

In der Stadtverordnetenversammlung ist oft von den Sozialdemokraten auf die an Bahnhöfen grenzenden Ungehuerlich-keiten dieser aus alter Zeit überkommenen sogenannten Wohlfahrts-einrichtungen hingewiesen und Aenderung gefordert worden, aber die freisinnige Mehrheit der Stadtverordneten wollte an dem vom Geist der Gemeindeordnung erfüllten Jus-titut nicht rütteln lassen. Die Vertreter des liberalen Bürger-tums halten eben durchaus an der Meinung fest, daß Dienst-mädchen für etwaige „Veränderungssucht“, zu der manche nur von ihren „Gnädigen“ durch niederträchtigste Drangsalierung getrieben werden, mit Einforderung des 50 Pfennig-Beitrages zu bestrafen seien. Warum? Weil auch dem liberalen Bürgertum die Dienst-mädchen nur Menschen zweiter Klasse sind.

Ein Lehrlingsbildner.

Aus den Kreisen der Arbeitgeber, der keinen Meister wie der großen Fabrikanten, kommt immer wieder die Klage, daß es heut-zutage ein undankbares Geschäft sei, Lehrlinge auszubilden. Die Jungen haben keine Lust mehr zur Arbeit, sie wollen sich nichts so-gen lassen, die Eltern stehen ihnen auch noch bei und die sozialdemo-kranischen Heher tun das übrige — das sind so die Herzensergüsse, mit denen gewisse Lehrlingsbildner ihrem Kerger Luft zu machen pflegen. Das merkwürdigste ist nur, daß die meisten dieser Herr-schaften nach wie vor sich förmlich um die Lehrlinge reihen und sie in ihren Duden womöglich gleich duzendweise halten. Warum es mitunter zu einem „undankbaren Geschäft“ wird, mit Lehrlingen „sich zu plagen“, davon weiß der Herr Chef der Waffenfabrik A. W. Schwarzlose (Lebehöferstr. 23) zu erzählen.

In diesem Betriebe hatten in letzter Zeit nicht weniger als 17 Lehrlinge angesammelt, die alle zu ihm gekommen waren mit dem Wunsch, tüchtige Wächermacher, Werkzeugschlosser usw. zu werden. Daß sie etwas Ordentliches lernen sollten, das war auch die Meinung der Eltern, die der Firma A. W. Schwarzlose ihre Söhne anvertraut hatten. Jedes „manche der jungen Leute sählten nur zu bald samt ihren Eltern sich in ihren Erwartungen getäuscht, weil sie fanden, daß sie nicht zweckmäßig beschäftigt würden. Uns wird versichert, einzelne seien über Gebühr oft und lange mit Arbeiten beschäftigt worden, die dem Zweck einer Ausbildung zum Wächermacher, zum Werkzeugschlosser usw. schwerlich dienen konnten. Der stille Verdruß hierüber wurde zu offenem Unwillen gesteigert durch die Anordnung, daß die Mehrzahl der Lehrlinge an den Arbeiten zur Reinigung des von dem Herrn Chef benutzten Auto-mobils sich zu beteiligen haben. Zunächst hatte man nur ein paar Lehrlinge mit diesem Amt betraut, allmählich aber scheint es übel vermehrt worden zu sein, daß immer wieder dieselben in diesem Arbeitsburschendienst beschäftigt und dadurch ihrer Lehrlingsarbeit entzogen werden sollten. Eines Tages wurde dann befohlen, daß fortan für mehr „Abwechslung“ gesorgt werden solle und jedesmal zwei Lehrlinge eine Woche lang täglich das Automobil zu waschen und zu putzen hätten. Das war eine Arbeit, die die daran beteiligten Lehrlinge jeden Vormittag einige Stunden so in Anspruch nahm, daß sie nicht selten mit durchnässten Kleidern mittags nach Hause kamen. Da geschah nun das Unerwartete, daß mehrere der Lehrlinge nach einander erklärten, sie würden an der Reinigung des Automobils nicht teilnehmen. Ihren Eltern, sagten sie, müsse das nicht, weil das keine der Lehrlingsausbildung dienende Tätigkeit sei.

Die Eltern taten nur ihre Pflicht, wenn sie Einspruch dagegen erhoben, daß die Söhne zum Schaden ihrer Ausbildung zu solcher Tätigkeit mißbraucht wurden und dem Arbeitgeber den höheren Lohn für Arbeitsburschen ersparten. Wie aber wirkte bei A. W. Schwarzlose Weigerung der Lehrlinge? Et hier sah man's ja, daß die Jungen „nicht arbeiten wollten“! Doch mit solchen Burschen wird bei A. W. Schwarzlose kurzer Prozeß gemacht. Den „Arbeits-verweigerern“ wurde erklärt, dann müßten sie sich nach einer anderen Stelle umtun. Im Handumdrehen hatte man ihnen auch schon ihre Arbeitsbücher überreicht und sie waren entlassen. An drei Tagen sollen im ganzen sechs Lehrlinge aus diesem Grunde entlassen worden sein. Zwei davon hatten zu-vor noch die Ehre, vor den Chef geladen und von ihm persönlich darüber belehrt zu werden, was bei A. W. Schwarzlose ein Lehrling zu fordern habe. Von dem Verlauf dieser Audienz haben sie ihren Eltern eine Schilderung ge-geben, die sehr merkwürdig ist. Der Herr Chef sei ganz außer sich gewesen vor Staunen und Entrüstung darüber, daß sie nicht be-griffen, welches Glück es für sie sei, sein Automobil waschen und putzen zu können. Sie sollten, habe er gesagt, froh sein und ihm danken, daß sie es dürften, da könnten sie später noch Chauffeur werden. Ihn, den Herrn Chef sollten sie mal ansehen; was habe er früher alles machen müssen — und jetzt sei er ein großer Mann! Schließlich seien beide, so endet ihre Schilderung, von ihm als „Lausbuben“ und „sozialistische Schweine-hunde“ beschimpft und hinausgejagt worden. Hier möchten wir denn doch annehmen, daß die beiden Lehrlinge sich ein wenig ver-hört haben. Sie können und nicht denken, daß der Chef der Firma A. W. Schwarzlose der Meinung sei, nur sozialdemokratischen Eltern liege es am Herzen, ihre ihm anvertrauten Söhne mit Ar-beiten beschäftigt zu sehen, die dem Lehrzweck entsprechen und eine tüchtige Ausbildung gewährleisten. Eltern haben uns geklagt, es seße ihnen leider eine Handhabe, gegenüber der Firma ihre Forderungen geltend zu machen, ein Lehr-vertrag sei ihnen bisher nicht gegeben worden, obwohl die Lehrlinge schon im April begonnen habe. Offensichtlich hat doch keiner ein Ver-langen danach, gegen A. W. Schwarzlose auf Fortsetzung des Lehr-verhältnisses zu klagen? Die Eltern der Lehrlinge, die entlassen wurden, weil sie das Automobil nicht putzen wollten, sollten es zu-frieden sein, daß so sich den Söhnen die Möglichkeit geboten hat, von A. W. Schwarzlose loszukommen.

Die Firma wird das „undankbare Geschäft“, Lehrlinge zu halten, nicht aufgeben. Für Nachwuchs ist ja gesorgt: zu Michaels, wenn die Bierzechnjährigen die Schulen verlassen, gibt's neue Rekruten. Im Hinblick hierauf muß man allerdings mit den in ihren Erwartungen getäuschten Eltern wünschen, daß die Firma A. W. Schwarzlose einmal darüber belehrt würde, wie sie Lehrlinge auszubilden hat. Diesen Wunsch könnte vielleicht die Gewerbe-Deputation des Magistrats erfüllen, es liegt das im Rahmen ihrer Aufgaben. Wenn sie Kenntnis erlangt von den Umständen, die dort zu einer Massen-entlassung von Lehrlingen geführt haben, wird sie es für ihre Pflicht halten müssen, sich diesen Betrieb etwas näher anzusehen und nötigenfalls einzuschreiten.

Der Oktoberernstzug machte sich schon in den Frühstunden des vergangenen Samstags auffallend stark bemerkbar. Niemals hat man schon zwei Wochen vor dem eigentlichen Umzugstermin so viel Zieh-

führen auf dem Berliner Pflaster gesehen. Dies ist wohl haupt-sächlich den vielen Tausenden leerstehender Wohnungen zuzuschreiben. Die Umziehenden sind nicht genötigt, zu warten, bis die alte Miet-partei ansieht. Sie können schon vorzeitig in die neue leere Woh-nung hinein und zahlen nach fast allgemeinem Gebrauch für die zweite Septemberhälfte keine Extramiets. Auf diese Weise werden sich die Umzugsfreuden diesmal so verteilen, daß man sie im Straßenbilde nicht so wie sonst gewahrt wird. Die hohe Zahl leer-stehender Wohnungen wird sich indes durch den Oktoberernstzug kaum noch unten verändern. Eher dürfte sie noch steigen, da etwa 150 Neubauten bezugsfertig geworden sind.

Aufklärung eines Berliner Frauenmordes?

Einer der Frauenmorde der letzten Jahre, bei denen der Täter nicht ermittelt werden konnte, ist jetzt durch das Geständnis des Mörders allem Anschein nach aufgedeckt worden. Im Sommer 1897 erregte der Mord an der Prostituierten Luise Günther aus der Hasenheide großes Aufsehen. Die Leiche wurde unter Vorkauf der Hasenheide aufgefunden. Die Frau war veräxumelt, so daß der An-schein erweckt wurde, als ob ein Lustmord vorliege. Auf die An-gabe einer Freundin der Ermordeten wurde dann ein Schlächter Emil, der aber nicht gefunden werden konnte, der Tat verdächtigt. Jetzt nach zwölf Jahren hat ein Schlächter, der mit Vorkauf Emil heißt und im Zuchthaus von Siegburg eine längere Strafe ver-büßt, von Gewissensbissen getrieben, gestanden, den Mord an der Günther in der Hasenheide verübt zu haben. Die Berliner Kriminal-polizei stand zunächst dieser Selbstbezüglichung skeptisch gegenüber, entsandte aber trotzdem den Kriminalinspektor Braun, der damals die Untersuchung in der Frauenmordaffäre geführt hatte, nach Siegburg. Er vernahm dort im Zuchthaus den Schlächter Emil und dieser gab eine so große Reihe von Details an, die durch die amtliche Untersuchung bestätigt wurden, daß Kriminalinspektor Braun zu der Annahme gelangt ist, daß der „Schlächter Emil“ tat-sächlich der Frauenmörder ist. Die Berliner Polizei hat jetzt die Akten der Staatsanwaltschaft übergeben, die eine Untersuchung ein-leiten wird.

Böswillige Alarmierungen der Feuerweh.

In der Nacht zum Sonntag wurde die Berliner Feuerweh nicht weniger als fünfmal böswillig alarmiert, aber nur in zwei Fällen gelang es, den Täter zu ermitteln. Zuerst erfolgte ein Alarm durch den Feuermelder auf dem Potsdamer Platz. Als die Wehr dort eintraf, stellte sich heraus, daß ein Kaufmann L. aus Uckermark den Melder gezogen hatte. Der Unluststifter wurde der Polizei übergeben. Eine halbe Stunde später wurde die Wehr nach der Köpenicker Straße 160 gerufen. Auch hier lag großer Unlust vor. Als Täter konnte der Maler Konrad Weichel ermittelt werden. Weichel scheint geistesgestört zu sein. In kurzer Aufeinanderfolge wurden dann in der vierten Morgen-stunde des Sonntags die Feuermelder in der Soldiner Straße 44, Kristianstraße 16 und Vornholmer Straße 48 von unbekannter Hand in Tätigkeit gesetzt. In diesen drei Fällen sind die Täter leider entkommen. — Auch die Schöneberger Feuerweh hatte in derselben Nacht einen böswilligen Alarm zu verzeichnen, und zwar nach der Ecke der Ribens- und Veckerstraße. Auch hier ist der Täter unbekannt.

Ueberschwemmungen infolge des Gewitterregens.

Der starke Regen, der am Sonnabend abend über Berlin und die Vororte niederging, hat mehrere Ueberschwemmungen im Gefolge gehabt. In dem Hause Schwedenstraße 14/15 waren große Mengen Wasser infolge einer schadhaften Dachrinne in die Wohnungen der oberen Stockwerke gedrungen. Die Feuerweh beseitigte die Gefahr. — In der Greifswalderstraße standen eine ganze Reihe Keller unter Wasser. Auch der Straßendamm selbst war stark überschwemmt, sodah gegen Witternacht der Fuß-werks- und Straßenbahnverkehr eine Zeitlang stockte. Vor dem Grundstück Greifswalder Straße 81/85 war eine Benzindrohle im Wasser stehen geblieben. Auch hier mußte die Feuerweh Hilfe bringen. — In Weissenje wurde die Langhansstraße durch einen Defekt des Kanalisationsrohres überschwemmt. Zur Beseitigung der Wassermassen wurde die Feuerweh alarmiert.

Der Selbstmörder in der eleganten Frauenkleidung.

Ueber eine geheimnisvolle Selbstmordaffäre wird uns aus der Friedrichstadt be-richtet. In einem Hotel in der Schützenstraße dicht an der Friedrich-straße stieg gestern nachmittag eine junge, elegant gekleidete Dame ab. Sie ließ sich ein teures Zimmer geben und wünschte nicht ge-stört zu werden. Einige Zeit darauf wurde das Dienstpersonal durch ein seltsames Geräusch, das aus dem Zimmer des neuangewonnenen Gastes drang, aufmerksam gemacht. Man öffnete schließlich die Tür und fand nun das angebliche junge Mädchen im Wute schwimmend auf dem Erdboden vor. Auf dem Tisch lag ein scharfes Messer, mit dem sich die Lebensmüde die Pulsadern der rechten Hand auf-geschnitten hatte. Es wurde dann die überraschende Entdeckung gemacht, daß sich hinter der eleganten Dame nicht ein junges Mädchen, sondern eine männliche Person, der siebzehn Jahre alte Handlungsgehilfe Poppe, der bei seinen Eltern in Spandau wohnte, verbarg. Er gab an, die Vergewaltigungstat aus Rohrnungs- wegen verübt haben. Die Polizei vermutet aber, daß hier ein anderes Motiv vorliegt und daß damit auch die Frauenkleidung in Verbindung zu bringen ist. Auf dem Tisch wurde ein Abschiedsbrief des jungen Lebensmüden aufgefunden, in dem P. schreibt, daß er sich in den letzten Tagen seines Lebens wirklich als Mensch gefühlt und die schönen Seiten des Daseins durchgeloset habe. In bedenklichem Zustande wurde der jugendliche Selbstmörder nach dem Krankenhaus am Urban gebracht.

Ein alter Parteiveteran ist am Sonntag auf tragische Weise ums Leben gekommen.

Der den Genossen in der Rosenhaleer und Schönhauser Vorstadt unter dem Namen Adolf Dittmann — sein richtiger Name war Dittmer — wohlbekannte 74 Jahre alte er-blindete Genosse wollte gegen 2 Uhr nachmittags an der Ecke der Rheinsberger Straße den Fahrradweg der Swinmünder Straße überqueren. Dabei wurde er von dem herannahenden Straßenbahn-wagen der Linie 40 erfasst, umgestoßen und geriet mit dem rechten Arm unter den Schutzrahmen. Mit Hilfe von Passanten wurde der Bahnwagen angehoben und der Verunglückte aus seiner entsehligen Lage befreit. Die alarmierte Feuerweh brauchte nicht mehr in Tätigkeit zu treten. Auf einem Mannschaftswagen der Wehr wurde Dittmer in bewußtlosem Zustande nach dem Lazarus-Kranken-haus geschafft, er verstarb jedoch bereits auf dem Transport dorthin.

Genosse Dittmann hat schon frühzeitig im Dienste der Arbeiter-

bewegung gestanden. Er fungierte in den 70er Jahren als Sekretär des Genossen Frische, des Gründers des Tabalarbeiter-Verbandes, und belleidete lange Jahre das Amt des Kassierers im Tabalarbeiter-Verbande, bis er dies im Jahre 1886 infolge des immer schlimmer austretenden Augenleidens wegen aufgeben mußte. Auch in der politischen Bewegung stellte Dittmann seinen Mann, wobei er mit anderen Genossen in einen Prozeß verwickelt wurde. Seit Dittmann das Augenlicht verloren hatte, verdiente er sich sein Brot mit dem Handel von Druckschriften, und mancher Genosse ließ sich von ihm aus alter Anhänglichkeit den „Wahren Jacob“ und andere Partei-schriften besorgen, um dem alten Herrn etwas zu helfen. Die Genossen des sechsten Kreises, die regelmäßige Versammlungsbesucher sind, kennen den kleinen alten, weihärtigen Mann, der selten eine Versammlung des Kreises veräumte, zu der ihn ein Genosse führte



und von der er auch wieder von Genossen nach Hause gebracht wurde. Nun ist der alte Dittmann in seinem Alter ein Opfer seiner Blindheit geworden. Ein tragisches Ende! Die Parteifreunde, die den guten Alten kannten, werden ihm ein gutes Andenken bewahren.

**Tund einer Kinderleiche.** Auf dem Flur des Hauses Eberwälder Straße 24 wurde gestern früh die Leiche eines kleinen Kindes gefunden.

**Eine Polizeifaktion gegen Einbrecher.** Mit Hilfe eines Polizeihundes und der Feuerwehre konnten Sonntag früh gegen 4 Uhr in der Röhrenstraße 49 zwei Einbrecher festgenommen werden, die der Baufirma Vosdow u. Anauer, G. m. b. H., einen nächtlichen Besuch abgestattet hatten. Die Verhafteten sind der 27jährige Monteur Paul Linke und der 35jährige Schmelzer Alexander Vogt, beide aus Oranienburg. Als Beute wurden bei ihnen circa 1400 M. vorgefunden. Das Haus Vosdowstr. 49 hat vier Eingänge, zwei davon gehen nach der Friedrich- und Landenstraße. Bald nach Mitternacht bemerkte nun ein Fahrstuhlführer des im Erdgeschoss befindlichen Cafés Excelsior einen Lichtschein in den Kontorräumen der Firma Vosdow u. Anauer, die im zweiten Stock liegen. Da er wußte, daß um diese Zeit niemand von dem Personal antretend sein konnte, schlug er Alarm und benachrichtigte die Polizei. Von dem Revier 33 erschienen auch daraufhin mehrere Beamte, die sofort alle Zugänge besetzten. Durch den Polizeieinsatz wurde ferner die Kriminalpolizei verständigt, die alsbald mehrere Kommissare mit dem Polizeibund „Klotz“ entsandte. Inzwischen hatte man vergeblich versucht, mehrere Türen zu öffnen. In der Rot ging die Polizei die Feuerwehre um Hilfe an und half trafen auch drei Feuerwehreute in dem Hause ein, um bei dem Ausbrechen der Türen behilflich zu sein. Nachdem alle Hindernisse beseitigt waren und die Polizeibeamten nach oben vordringen wollten, kugelte plötzlich der Polizeihund und lief nach dem Keller. Die Beamten folgten der Spur und stiegen in dem Keller auch wirklich auf die beiden Einbrecher. Ohne Gegenwehr erfolgte dann die Festnahme.

**Die Bekämpfung der Arbeiter-Turnvereine** ist das Thema zweier Volksversammlungen, die am Mittwochabend 8 1/2 Uhr in den Lokalen Brauerei Königsstadt, Schönhauser Allee 10, und Böhmisches Brauhaus, Landsberger Allee 11-14, stattfinden. Durch die neuerdings durch Anwendung vergifteter Bestimmungen im Schwange befindliche Unterdrückungsmaßnahmen gegen die Arbeiterturner ist es ganz besonders wichtig, die Arbeiterturner in ihrem schweren Kampfe hilfreich zu unterstützen. Ein guter Besuch der oben angeführten Versammlungen ist deshalb sehr erwünscht.

**Rot und Nahrungssorgen** haben den 43 Jahre alten früheren Kaufmann Martin Lutz, der sich zuletzt als Schildermaler ernährte und in der Kammerstraße 16 wohnte, in den Tod getrieben. Lutz hatte seit zwei Monaten keine Arbeit mehr. Vor sechs Wochen erkrankte auch noch seine Frau, die bis dahin durch Nähen den Lebensunterhalt verdient hatte. Vor acht Tagen begab sich Frau Lutz mit ihrem sieben Jahre alten Sohn zu ihren Eltern in der Schönhauser Allee, um bessere Pflege zu haben. Jetzt verzweifelte ihr Mann vollends und erhängte sich in der Küche an einem Haken. Nachdem er zwei Tage nicht zum Vorschein gekommen war, öffnete der Hauswirt vorgestern seine Wohnung und fand ihn tot auf.

**Eine traurige Aufführung** hat das Verschwinden des 11 Jahre alten Sohnes des Mechanikers Hecht aus der Hochstr. 82a gefunden. Der Knabe spielte gestern vor acht Tagen nachmittags auf der Straße und war seitdem verschwunden. Gestern nachmittags wurde er in der Nähe der Selterbrücke als Leiche aus dem Rordhafen gefischt. Wie er in das Wasser hineingeraten ist, dafür hat man noch keinen Anhalt. Wahrscheinlich aber ist er beim Spielen verunglückt. Eine Wunde an der rechten Stirnseite scheint von einem Bootshafen herzuführen.

**Vortragabend.** Fritz Richard, der bekannte Schauspieler und auch in Arbeitervereinen sehr gefächter Rezitator, hatte sich zu seinen am letzten Sonnabend im Gewerkschaftshause veranstalteten Vorträgen ein außerordentliches Programm ernster wie heiterer Dichtungen zusammengestellt. Die soziale Rote wog vor, insoweit Zuständliches und Menschliches die Reibungsflächen bildet. Dafür wird das Arbeiterpublikum einem Rezitator stets Dank wissen; denn Märchen aus dem Bereich der Dichtkunst, wo es sich meist darum handelt, ob Hans und Gretel sich „hängen“, mögen nach wie vor bürgerliche Ohren ergötzen. Was nun Fritz Richard angeht, so kann er fraglos den besten Vortragshilfsleistern beigesellt werden. Er hat seine eigene Weise, die sich am prägnantesten im humoristisch-satirischen Genre offenbart. Da wird denn auch der Plastik, der Charakterdarsteller in ihm lebendig; jedes Vortragsglied, sei es Vers- oder Prosadichtung springt gleichsam als szenisches Bild hervor. Und gerade in dieser farbigen Verklärung des gesprochenen Wortes ist Richard schlechweg Meister. Aber er versteht es auch, den tiefen seelischen Gehalt einer ernsten Dichtung herauszuholen, Stimmungschaue in der Brust des Hörers zu erwecken, zu rühren, zu erschüttern, kurz das Auditorium völlig in den Bann der Dichtung zu zwingen. Er wird also stets künstlerische Erfolge haben, man glaubt an ihn. Und so kann er Ersprießliches zutage fördern.

Das Metropoltheater hatte am Sonnabend seinen großen Tag: den der Eröffnung der neuen Jahresrevue, die diesmal den Titel: „Gallo die große Revue“ führt. Wie in den Vorjahren gestaltete sich auch in diesem Jahre die Metropolpremiere zu einer glänzenden Ausstellung von Kostümen und Toiletten; sollen doch allein die Kosten für die Theaterkostüme nicht weniger denn 150 000 M. betragen. Was im Zuschauerraum, in den Parketts und den Logen zur Schau getragen wurde, läßt sich auch nicht annähernd schätzen; von Rot und Glend war hier nichts zu spüren. Alles, was in der Gesellschaft etwas gilt, war am Sonnabend vertreten, um zuerst die neuesten Wige Freunde und die aktuellsten Melodien Paul Hindes zu hören.

Die neue Revue hat die Tendenz der alten: die politischen und lokalen Ereignisse des letzten Jahres lose aneinandergereiht und mit dem nötigen Witz und der nötigen Satire versehen, dem Publikum vorzuführen. Raum ein nennenswerter Vorgang, der nicht seine Bearbeitung gefunden hätte. Natürlich trugen zum Wohlwollen des Abends nicht wenig die guten Darstellungen des bewährten Künstlerpersonals bei, der Damen Fritz Masaryk, Madge Kessing, Ida Perry, und der Herren Kettner, Spana, Giampietto, Guido Thiescher und Hummel.

Fritz Schumann hat sich nun ebenfalls wieder in Berlin eingefunden und am Sonnabend den Berlinern zum ersten Male vorgestellt. Das alte Fritzschegebäude ist in der Zeit der Abwesenheit des Eigentümers einem Unbau unterzogen worden, der die Pflege des Manegegeschäfts besser als bisher ermöglichen wird. Das Bodium, das bisher als Bühne diente, ist nach beiden Seiten beträchtlich erweitert und der Bühnenboden um ein Bedeutendes erhöht worden. Auf der neuen Bühne, die durch elektrischen Antrieb um fünf Meter gehoben werden kann, befindet sich eine Drehscheibe, die nach rechts und links mit der Geschwindigkeit eines Eisenbahnzuges bewegt zu werden vermag. Auf dieser rotierenden Bühne sollen mit Hilfe eines Wandelpanoramas Wettrennen dargestellt werden. Vor der Bühne sind sechs verstellbare Wölbungen angebracht, die bei den Pantomimen die Arbeit des Bühnenzimmermanns übernehmen sollen. Diese Wölbungen führen direkt zur Manege, die durch die Neuanlage in Verbindung mit der Hauptbühne eine einzige Ebene von mehr als 600 Quadratmeter zu bilden vermag. Die erste Vorstellung zeigte den Fritzsche Schumann auf der vollen Höhe. Wie immer, so stehen auch in dieser Saison die Pferdebesitzer und die Reikunst der hohen Schule an erster Stelle. Der Direktor Schumann wurde mit Kränzen überschüttet.

Der Jertum des Jahrgastes. Am Sonnabend, abends 9 Uhr nahm ein Ehepaar, das von einem kleinen Hund begleitet war, an der Drantienstraße, unweit des Moritzplatzes, des schlechten Wetters wegen eine Droßke, um nach Admiralstraße 18a zu fahren. Beim

Fahren ist dem Droßkenschwitzer anstatt einer Mark versehenlich ein Zwanzigmarkstück gegeben worden. Da es sich um einen ausgefallenen Handel, der selbst arbeiten muß, und auch der Droßkenschwitzer vielleicht den zu viel erhaltenen Betrag zurückgeben möchte, werden wir gebeten, mitzuteilen, daß die Adresse des Jahrgastes Max Schmidt, Admiralstraße 18a, Duergebäude V ist.

## Vorort-Nachrichten.

**Rixdorf.** Der Bildungsausschuß der Arbeiterschaft Rixdorfs, welcher im vorigen Jahre von organisierten Arbeitern ins Leben gerufen wurde, zu dem Zweck, Wissenschaft und Kunst planmäßiger als bisher unter der werktätigen Bevölkerung zu pflegen, bildet in diesem Monat auf sein einjähriges Bestehen zurück. Mit Genugtuung kann der Ausschluß feststellen, daß seine Bestrebungen bei den Arbeitern lebhaften Anklang fanden. Den gut besuchten Veranstaltungen wurde allseitig reges Interesse entgegengebracht. Durch Vortragsabende und Unterrichtscurse, Theatervorstellungen, Konzerte, Dichterabende, durch Beschäftigung von Museen und Gemäldegalerien, durch Vermittlung anregender Literatur, wird der Bildungsausschuß auch in diesem Jahre bestrebt sein, Wissen und Kunst im erhöhten Maße den im politischen und wirtschaftlichen Kampf stehenden Arbeitern zu teil werden zu lassen, um ihnen hierdurch neue Kraft und frischen Mut zu bringen.

Als erste Veranstaltung wird am kommenden Sonntag, den 20. September, nachmittags 7 1/2 Uhr, im Rixdorfer Theater „Der Richter von Zalamea“ (Schauspiel in 3 Akten von Calderon de la Barca) gegeben. Billets zum Preise von 60 Pf., inklusive Garderobe, sind bei den Bezirksführern erhältlich.

Der Bildungsausschuß.

**Wilmerdorf.** Was ein Stadtbaurat nicht weiß. Bereits zu Anfang Juni haben wir auf eine eigentümliche Fierde des (nebenbei bemerkt auf Kosten der Stadt Berlin) überaus lähn emporkretenden Vororts Wilmerdorf hingewiesen. Auf den Steinbrecher nämlich, der nunmehr seit etwa vier Monaten auf dem städtischen Gelände an der Medlenburgischen Straße einen heillosen Lärm macht. Früh um 8 Uhr beginnt hier die Sirene mit gräßlichem Geheul die polnischen Arbeiter zur Tagesfron zu rufen; und diese durch den Granitstaub ganz besonders gesundheitsschädigende Arbeit währt hier, die zweistündigen Essenspausen mitgerechnet, bis abends 7 Uhr. Den armen Ausländern kann man eben eine Arbeitszeit zumuten, die heute selbst der rüchändigste Berliner Arbeiter mit Entrüstung ablehnen würde. Wenn nun auch leider die beschämende Tatsache zutreffen mag, daß die Fremden weber für die städtische Notwendigkeit einer Arbeitseiterföhrung noch für die Sorge um ihre Gesundheit genügend Verständnis haben, so hielten um so mehr eilige Anwohner der Gegend es für ihre Pflicht, dem Elend entgegenzutreten. Man wandte sich an den Magistrat mit einer Beschwerde, in der der nervenzerrüttende Lärm, den die Maschine verursacht und auch die Gesundheits-schädlichkeit des Betriebes geschildert wurde. Die amtliche Antwort überraschte außerordentlich. Der Stadtbaurat meinte, daß im vorigen Herbst auch die Anwohner der Mannheimer Straße den Steinbrecher zum Nachbarn gehabt, sich aber nicht beschwert hätten und spottete dann: „Sollte die Bevölkerung des Viertels, in deren Namen Sie die Beschwerde vorgetragen haben, soviel nervöser sein als die des alten Ortes, daß sie durch das geringfügige Geräusch, das keinesfalls über das erträgliche Maß hinausgeht, sich allen Ernstes belästigt fühlt?“ Nach allerhand sonstigen Einwendungen meinte der Baurat weiter in seiner schriftlichen Antwort: „Ihr Vorwurf, reichlich Wasser bei der Arbeit zu sprengen, ist leider nicht durchführbar, weil der städtische Steinlagerplatz nicht an das Rohrnetz angeschlossen ist.“ Erschien den Beschwerdeführern der Tadel ihrer Nervosität schon sonderbar, so noch mehr das Behaupten, die Staubentwidelung nicht durch Wasser eindämmen zu können, wo doch die Dampfmaschine des Werkes auf dem Platz nicht arbeiten könnte, wenn sie nicht mit Wasser aus dem städtischen Rohrnetz gespeist würde!

Als die Beschwerdeführer nunmehr mit Hilfe eines Stadtbaurates den Stadtbaurat auf diesen ihm bis dahin unbekannt gebliebenen Umstand aufmerksam machten, soll er ein ganz merkwürdiges Gesicht gezogen haben.

**Tempelhof.** In der letzten Sitzung der Gemeindevertretung erwähnte der Gemeindevorsteher unter anderem das Ableben eines Mitgliedes des Kuratoriums für das hiesige Realgymnasium, des Oberlehrers Dr. Berner, Professor am Luisenstädtischen Gymnasium. — Nachdem die Gemeinde ein Jahr lang vergeblich auf Anerkennung der höheren Mädchenschule durch die Regierung gewartet hat, ist dieselbe nun endlich eingetroffen. Die höhere Mädchenschule, welche dauernd aus Gemeindegeldern unterhalten wird, untersteht dem Kuratorium des Realgymnasiums. An Stelle des verstorbenen Prof. Berner wurde Oberlehrer Beher ins Kuratorium gewählt. — Den Hauptpunkt der Beratungen bildeten Neuregelungen der Gehälter resp. Gehaltszulagen für alle im Dienste der Gemeinde stehenden Personen — auch der Arbeiter. Obgleich infolge der Belastung durch die indirekten Steuern die unbemittelten Schichten am allermeisten getroffen werden, hat man auch denen, die schon ein ganz anständiges Gehalt beziehen — wie anderwärts — am meisten, denen aber, die am schlechtesten stehen, am wenigsten zugelegt. Durch diese Neuregelung der Gehälter wird der Gemeindefiskus um 27 000 M. jährlich erleichtert. Bei der Regelung der Lehrergehälter wurde die Berliner Ortszulage von 750 M. auch für Tempelhof festgelegt. Während man bei den Volksschullehrern die „hiesigen“ Ortszulagen zum Vergleich heranzog, ging man bei den anderen Klassen selbständig vor. Es erhalten: Volksschullehrer 1553-4700 M., Rektoren 3500-5000 M., Volksschullehrerinnen 1390-3230 M., technische Lehrerinnen an der Volksschule 1230-2750 M., Oberlehrer 3900-8100 M., der neu anzustellende Direktor für das Realgymnasium 8200-10 000 M., die Volksschullehrer 2450-5100 M., der Direktor an der höheren Mädchenschule 7500-8300 M., Oberlehrerinnen 2000-5000 M., ordentliche Lehrer 2380-3330 M., wissenschaftliche Lehrerinnen an der höheren Mädchenschule 1700-3630 M., technische Lehrerinnen 1430-2980 M. Ein Gemeindevorsteher konnte sein Ersuchen über die hohen Gehälter der wissenschaftlichen Lehrerinnen nicht unterdrücken, wie er auch das Direktorengelalt als fürchtbar hoch empfand. Leider steht aber fest, daß eine wissenschaftliche Lehrerin im Anfangsgehalt 210 M. niedriger steht als ein Amts- und Gemeinbediener, ja nach 31jähriger Dienstzeit noch nicht an das höchste Einkommen des Wachtmeisters heranreicht! Es erhalten ferner: der Gemeindevorsteher 6000-7500 M., Rentanien 3500-5500 M., Baudenker 3000-5200 M., das Bureau- und Kassenpersonal erhält: 2300-4000 M., Obersekretäre, Sekretäre, Registratoren 3000-5000 M., Amts- und Gemeinbediener 2000 bis 2700 M., Wachtmeister 2400-3700 M., Straßenmeister 2100 bis 3300 M. usw. Die Neuregelung der Gehälter hat rückwirkende Kraft bis 1. April 1909. Daß man bei Zulagen von 150-400 M. auch für die Arbeiter etwas tun mußte, versteht sich am Rande. Der Tagesverdienst ist ihnen um 25 Pf. erhöht worden, so daß sie jetzt 3,75 M. pro Tag erhalten, welches Einkommen sich alle drei Jahre um 25 Pf. bis zu 4,50 M. erhöht. Außerdem wird ihnen im Krankheitsfalle auf 6 Wochen die Differenz zwischen Lohn und Familienunterstützung gezahlt, ebenso bei militärischen Dienstleistungen. — Nachdem 27 000 M. für Gehaltsaufbesserungen bewilligt worden sind, steht wohl zu erwarten, daß da Tempelhof auf absehbare Zeit nicht in den Besitz einer öffentlichen Badeanstalt kommen wird, wenigstens für die Außenarbeiter eine Vorrichtung getroffen wird, wo sie sich nach gelanger Arbeit vom Staub der Straße reinigen können. — In einem Schreiben an den Ge-

meindevorstand präzisiert die Große Berliner ihren ablehnenden Standpunkt bezüglich der ausgeprochenen Wünsche auf bessere und schnellere Verbindung. Die Linie 67 wird am 21. d. M. mit der Linie 70 verbunden, wodurch eine Verbindung Mariendorf-Friedrichsfelde geschaffen worden ist. Die Vertretung dürfte in einer der nächsten Sitzungen zu dem Schreiben Stellung nehmen.

**Lichtenberg.** Heute Dienstag, abends von 4-8 Uhr, wählt die 2. Abteilung die Delegierten zur Ortskrankenkasse. Dieselbe umfaßt den Stadtteil westlich der Ringbahn, die Gürtel- und Dorffstraße und den Weihen-see Weg. Wahllokal: Gebr. Arnhold, Frankfurter Chaussee 5.

Berliner Gewerkschaftskommission, Abt. Lichtenberg-Nummelsburg.

**Trebbin (Kreis Teltow).** Die Stadtverordnetenversammlung beschloß die Aufnahme einer Anleihe von 3000 M. zur Weiterführung der Wasserleitung am Langenwinfelweg zum Schießstand der Schützengilde. Das Anlagekapital hat die Gilde mit 5 1/2 Prozent zu verzinsen. Darauf wurden sechs Mitglieder und sechs Stellvertreter für die Einkommensteuer-Voreinschätzungskommission gewählt resp. wiedergewählt: Maurermeister Wagner, Ackerbürger Fr. Jung, Gastwirt Jüttner, Zigarrenfabrikant Paul, Schneidermeister Nerten, Tischler A. Knorr; als Stellvertreter: Bauunternehmer Haase, Tischlermeister Wichert, Schlächtermeister König, Schneidermeister C. Wisse, Ackerbürger G. Thiele, Handelsmann Fr. B. Heuleker. Genosse Ritter führte Klage darüber, daß er schon mehrere Male nicht zu den Kommissionsitzungen bestellt worden sei. Der Bürgermeister versprach, daß sich ein solches Versehen in Zukunft nicht wiederholen werde. Desgleichen fragte Stadtv. Ribbel an, ob die Mitglieder der Markt-Kommission schon wieder bestellt würden, da der betreffende Deputiert ihm gegenüber gekündigt habe, er bestelle die Mitglieder nicht mehr und wenn er ins Gefängnis käme. Dieser Anspruch rief natürlich allseitige Heiterkeit hervor. Genosse Häblich erklärte, daß er schon vor längerer Zeit eine diesbezügliche Beschwerde dem Magistrat eingereicht, aber immer noch keinen Bescheid erhalten habe. Der Bürgermeister erwiderte, er habe die Sache zur Untersuchung weitergegeben, doch habe er dieselbe trotz einmaliger Erinnerung noch nicht zurück.

**Nieder-Schönhausen.** Aus der Gemeindevertretung. Durch die Anstellung eines Direktors an den höheren Schulen machte sich die Einrichtung eines Dienstzimmers notwendig. Die Kosten hierfür betragen 220,75 M. Diese Summe schien dem Gemeindevorsteher A. Rühlmann in Anbetracht der traurigen Finanzlage der Gemeinde etwas zu hoch. Direktor Seelmann, der sich in der Sitzung den Vertretern vorgestellt hatte, war nicht besonders erbauet von diesem Empfang; er wies darauf hin, daß sein Amtszimmer nur das allerwenigste an Kosten im Vergleich zu dem der anderen Schulen erfordere. Im übrigen werde er mit den Mitteln, die ihm zur Verfügung gestellt werden, äußerst sparsam umgehen. Die temperamentsvolle Rede des Direktors verfehlte denn auch ihre Wirkung nicht, es wurden unter Mitverwendung von 200 M. des Titels „Allgemeine Ausgaben der Anstaltskasse“ dafür 300 M. bewilligt. Ferner wurde zur Ersparrung neuer Lehrkräfte die Aufhebung der Michaelisklassen in der gesamten Unterstufe der höheren Mädchenschule beschlossen. Die Schülerinnen der seitherigen Michaelisklassen sollen im Unterricht so gefördert werden, daß sie in die nächste Osterklasse verlegt werden können. Ueber die Abänderung der Gebührenordnung für den alten und Erlass einer Gebührenordnung für den neuen Friedhof entstand eine nahezu zweistündige Debatte. Die Friedhofskommission hatte vorgeschlagen, daß bei Inbetriebnahme des neuen Friedhofes die besseren Grabstellen auf dem alten Friedhofe im Preise einen Aufschlag von 50 Proz. erhalten, ebenso sollen die Grabstellen der Armeren im Preise erhöht werden, ferner das Belegen und Pflegen der Gräber. Der Grund, der die Kommission zu dieser Preisserhöhung veranlaßte, war, weil es in fast allen Kirchgemeinden Miß sei, daß bei Beerdigungen auf allen Kirchhöfen höhere Preise genommen würden. Außerdem wurde noch betont, daß es der Kommission ferngelegen habe, Klassenunterschiede zu machen oder möglichst großen Ueberfluß zu erzielen. (Warum schlägt man denn nicht den alten Friedhof, wenn er vollständig belegt ist, um ihn später als Park zu verwerten? D. V.) In der Debatte brachten sämtliche Redner ihr warmes Herz für die Armen zum Vorschein, was aber bei der Abstimmung vollständig verschwand. Beschlossen wurde, die Erdbegräbnisse und Hauptalleeen um 100 Proz. und die gewöhnlichen Grabstellen um 50 Proz. zu erhöhen. Ferner sollen von der Eröffnung des neuen Friedhofes ab keine Beerdigungen auf dem alten zu den bisherigen Preisen stattfinden. Daraus fand eine nicht-öffentliche Sitzung statt.

**Vermischtes.**

**Ueber einen Lustmord** wird vom gestrigen Tage aus Hamburg gemeldet: Eine 50-jährige Frau ist heute früh in der Nähe des ehemaligen Berliner Bahnhofs mit aufgeschlitztem Unterleib und Kopfunden tot aufgefunden worden. Es liegt Lustmord vor.

In der Grube verbrannt ist am Sonntag mittag der 62 Jahre alte Arbeiter Westuba. Derselbe war in den Treuhänderwerken in Nettvitz bei Senftenberg an der Feuerung beschäftigt. Wie man uns mitteilt, hatte der Verunglückte bereits 31 Stunden ununterbrochen gearbeitet, als er plötzlich in den Feuerungsschacht stürzte und verbrannte.

Ein englisches Kriegsschiff überfällig. Aus Schanghai wird gemeldet: Man ist um das Schicksal des englischen Kriegsschiffes „Uto“, das am 11. d. Mts. von Hongkong nach Schanghai in See ging und seit fünf Tagen überfällig ist, ernstlich besorgt, zumal da in den letzten fünf Tagen ein Taifun gewütet hat. Der Kreuzer „Africa“ hat den Hafen plötzlich verlassen, um, wie man annimmt, die „Uto“ zu suchen.

Choleraverdächtige Personen an Bord eines Dampfers. Wie aus Rotterdam berichtet wird, hat der Dampfer „Callisto“, von Petersburg kommend, drei Choleraverdächtige Personen an Bord. Der Dampfer wurde in Quarantäne gebracht.

Ein Schießpulverlager explodiert. Pariser Meldung zufolge explodierte in Veiron (Departement Isere) ein im Keller eines Tabakladens aufbewahrtes Lager von Schießpulver. Das Haus wurde teilweise zerstört und der Inhaber des Ladens getötet. Seine Frau und drei andere Personen wurden lebensgefährlich und vier Personen leicht verwundet.

Sozialdemokratischer Zentralwahlverein für den Reichstagswahlkreis Jülichan-Schwiebus-Kroffen-Sommerfeld (Kreisverein Berlin). Heute Dienstag, den 21. September, abends 8 1/2 Uhr bei Eichhorn, Roppenstraße 47: Mitgliederversammlung. Auf der Tagesordnung steht: Bericht von der Kreis-Generalsammlung.

**Witterungsbericht vom 20. September 1909, morgens 8 Uhr.**

Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temperatur in Grad Celsius	Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temperatur in Grad Celsius
Schwiebus	756	SE	4	bed. bb.	13	Haparanda	765	SE	2	wolkig	10
Danzburg	754	SE	6	Regen	14	Petersburg	765	NO	1	bed.	12
Berlin	757	SE	4	Regen	13	Seilly	765	NO	2	bed.	12
Frankf. a. M.	762	SE	4	bed. bb.	14	Aberdeen	764	SE	2	bed.	9
München	765	SE	4	wolkig	11	Paris	765	SE	1	bed.	6
Wien	762	SE	4	wolkig	14						

**Wetterprognose für Dienstag, den 21. September 1909.**

Zeitweise heiter, am Tage etwas wärmer, aber noch veränderlich bei mäßigen südwestlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge.

Berliner Wetterbureau.



Hiermit die traurige Mitteilung, daß mein lieber Vater, unser guter Vater, der Maurer **Karl Schulz** Obeliger Str. 45 am Sonntagmittag nach kurzem Krankenlager verstorben ist. Die Beerdigung findet am Mittwochnachmittag 3 Uhr von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt. Um hilfes Beleid bitten **Emilie Schulz und Kinder,** Obeliger Str. 45.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den **4. Berliner Reichstagswahlkreis** Köpenicker Viertel, Bezirk Nr. 211. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Maurer **Karl Schulz** Obeliger Straße 45 gestorben ist. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 22. September, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt. Um rege Beteiligung eruchtet **Der Vorstand.** 219/20

**Typographia.** Am Sonnabend, 18. September, verstarb nach langem, schweren Leiden unser treues Mitglied, Kollege **Eduard Toepffer** im 58. Lebensjahre. Seit zwanzig Jahren gehörte der Verdienstliche unserem Verein an. Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten. **Zu der heute, Dienstag, 21. September, nachmittags 4 1/2 Uhr, auf dem neuen Luisen-Friedhofe in Rixdorf, Hermannstraße, stattfindenden Beerdigung erwartet recht zahlreiche Beteiligung.** **Der Vorstand.** 01/8

Am Sonnabend, den 18. September, verstarb nach langem, schweren Leiden unser lieber Mitarbeiter, der Schriftsetzer **Eduard Toepffer** im Alter von 58 Jahren. **Ehre seinem Andenken!** Das Personal der Buchdruckerei H. S. Hermann. Die Beerdigung findet am Dienstag, den 21. September, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Luisen-Friedhofes, Rixdorf, Hermannstraße, aus statt. 15585

**Deutscher Metallarbeiter-Verband** Verwaltungsstelle Berlin. **Todes-Anzeigen.** Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser **Wilhelm Mundt** am 18. d. Mts. an Lungenerleiden gestorben ist. Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 22. September, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Heilands-Friedhofes in Pflügen aus statt. Ferner starb unser Mitglied, der Hammer **Karl Klitzsch** am 18. d. Mts. Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 22. September, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Heilands-Friedhofes in Pflügen aus statt. **Ehre ihrem Andenken.** Rege Beteiligung erwartet **Die Ortsverwaltung.** 128/5

Nach langem schweren Leiden verstarb am Sonnabend, den 18. September 1909, mein lieber Vater, unser guter Vater, der Hammer **Karl Wilhelm Klitzsch** im 58. Lebensjahre. Dies zeigen Schmerzgefühl an **Die trauernden Hinterbliebenen.** Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 22. d. Mts., nachmittags 4 1/2 Uhr, vom Heilands-Friedhofe, Rixdorf, Hermannstraße 44-45, aus statt.

**Dr. Simmel** Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. Prinzenstr. 41, sieht am Moritzplatz, 10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4  
**Dr. Schünemann** Spezialarzt für Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten. Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr. **Donnerstag 10-2, 5-7.**

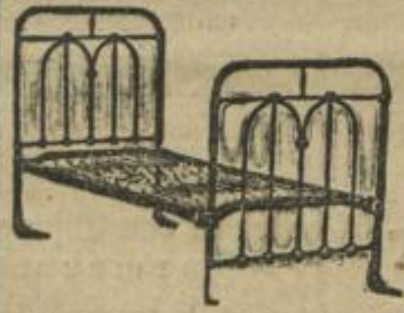
**Unvergleichlich billig** sind die **Preise** meiner **Metall-Bettstellen** Die Besichtigung meines grossen **Lagers** liegt im Interesse jedes **Käufers.** **Bettfedern-Fabrik** **Gustav Lustig** Berlin S., Prinzenstr. 46 u. 47.



Nr. 2. Mit doppeltem Spiralfederboden, Kopf- und Fußende, und garantiert neuem Material 190x90 cm **M. 6.50**



Nr. 350. **Metall-Bettstelle** mit Zugfeder- und Messingrosen- und Messingfüßbündeln 100x80 cm **M. 13.80**



Nr. 118. **Metall-Bettstelle** 180x90 cm 30 mm Pfosten mit Zugfeder- und Messingrosen- und Messingfüßbündeln **M. 27.50**



**Metall-Bettstelle** 22 mm Pfosten mit Messing-Kugeln, ob. Messingstangen u. 6 Füllungsstäben 190x90 cm **M. 34.—**  
Mit 27 mm Pfosten **M. 30.—**



**Hochelegante Messing-Bettstelle** mit Verzierungen und Zugfeder- und Messingrosen- und Messingfüßbündeln 90x190 cm **M. 60.—**  
105x200 **M. 68.—**  
mit geraden Pfosten u. Kugeln, ohne obere Verzierungen **M. 55.—**

Diese Ausnahmepreise gelten nur gegen Vorzeigung des Inserats.

**Beste Bettenfüllung:** **Echt. chin. Monopoldaunen** (gesetzlich geschützt) per Pfund **M. 2.85**

**Zentral-Verband der Zimmerer** Zahlstelle Berlin und Umgegend.

**Mittwoch, den 22. September, abends 8 1/2 Uhr** finden für Berlin und Vororte

**6 außerordentl. Mitgliederversammlungen** in folgenden Lokalen statt:

In **Hensels Festfälen**, Invalidenstr. 1a, Ecke Brunnenstraße. Tages-Ordnung: „Die Arbeiterversicherung mit besonderer Berücksichtigung des Unfallversicherungsgesetzes aus der Praxis der Arbeitersekretariate.“ Referent: Arbeitersekretär Genosse **Gustav Link.** Diskussion.

In **Muhs Festfälen**, Manteuffelstr. 95. Tages-Ordnung: „Aus der Praxis eines Arbeitersekretärs.“ Referent: Arbeitersekretär Genosse **R. Wissel.** Diskussion.

In der **Germania-Bräuerei**, Frankfurter Allee 53. Tages-Ordnung: „Die neue Reichsversicherungsordnung.“ Referent: Arbeitersekretär Genosse **Eugen Brückner.** Diskussion.

Im „**Königshof**“, Bülowstr. 37. Tages-Ordnung: **Das Koalitionsrecht — ein Kulturrecht der Arbeiter.** Referent: Arbeitersekretär Genosse **Adolf Ritter.** Diskussion.

Im „**Volkshaus**“, Charlottenburg, Rosinenstr. 3. Tages-Ordnung: „**Waffen im proletarischen Klassenkampf.**“ Referent: Kamerad **J. Minrichsen.** Diskussion.

Bei **Pühl, Rixdorf**, Steinmetzstr. 114. Tages-Ordnung: „**Gewerkschaftliche Rück- und Ausblicke.**“ Referent: Kamerad **W. Witt.** Diskussion.

Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder erwartet [254/16] Der Vorstand.

**Gewichtige Gründe** müssen es sein, die unseren **JOSETTI VERA** CIGARETTEN eine Popularität geschaffen haben, wie sie kein anderes Fabrikat in größerem Maße aufzuweisen hat. Daß sich nur das wirklich Gute Bahn bricht, beweist auch die Entwicklung ihres Absatzes, der in kurzer Zeit enorm gestiegen ist, worin die ihren Qualitäten von allen Rauchern bezeugte rückhaltlose Anerkennung am besten zum Ausdruck kommt. **Josetti Vera m. u. o. M. 10 St. 30 Pf.**

**Möbel** auf Teilzahlung (geringe Anzahlung) **G. M. oldstaub** Zossener Str. 38 pt. u. 1 Tr. Ecke Gneisenaustraße. Kein Abzahlungsgeschäft! **Anerkannt größte Rücksicht bei Arbeitslosigkeit und Krankheit.**



# Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Ortsverwaltung Berlin.

Mittwoch, den 22. September, abends 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr:

## Vertrauensmänner-Versammlungen der Bezirke und Branchen.

Tagesordnung:

Die statistische Aufnahme über die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Berliner Holzarbeiter. Ausgabe des statistischen Materials an die Werkstatt-Vertrauensleute. (In diesen Versammlungen werden auch die Vertrauensmännerkarten wieder ausgegeben.)

Alle Werkstätten müssen vertreten sein.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Die Versammlungsorte sind folgende:

### Tischler.

- Süd-Westen in Thiems Festsälen, Blücherstr. 61 (nicht bei Habel).
  - Süden bei Glesing, Wasserstr. 68.
  - Südosten I u. II um 6<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr (gleich nach Feierabend) in den Naunyn-Festsälen, Raunhstr. 6.
  - Osten I bei Borgmann, Andradstr. 21.
  - Osten II bei Pirnau, Frankfurter Allee 106.
  - Osten III bei Bergmann, Borchgänger Straße 26.
  - Oestliche Vororte bei Wildner in Friedrichsberg, Friedrich-Karl-Str. 11.
  - Nordosten bei Boeker, Weberstr. 17.
- Jede Sargstühlelei muß einen Vertrauensmann nach dieser Versammlung senden.
- Rosenthaler u. Schönhauser Vorstadt bei Obiglio, Schwedter Str. 23.
  - Wedding u. Moabit bei Kaczorowski, Rabenstr. 6.

### Bautischler.

- Bez. 1: Südwesten, Süden, Südosten bei Grabhoff, Admiralstr. 186.
- Bez. 2: Osten bei Ziets, Borschauer Straße 61.
- Bez. 3: Norden u. nördl. Vororte bei Gilsche, Borchgänger Str. 74.
- Bez. 4: Gesundbrunnen, Wedding und Moabit bei Sachse, Lindower Straße 26.

### Möbelpolierer und Beizer.

- Osten bei Boeker, Weberstr. 17.
  - Südosten im „Märkischen Hof“, Admiralstr. 186.
  - Norden bei Günther, Brunnenstr. 96.
- Die Tischler werden gebeten, die Polierer ihrer Werkstatt auf diese Versammlung aufmerksam zu machen.

### Magazinarbeiter

bei Wilhelm Kutzner, Schützenstr. 18/19.

### Drechsler, Treppengeländer- und Luxusmöbelbranche.

- Norden bei Döhling, Brunnenstr. 79.
- Osten bei Schneider, Friedenstr. 67.
- Südosten u. Südwesten bei Stramm, Ritterstr. 123.

### Musikinstrumenten-Arbeiter

um 8 Uhr abends im Gewerkschaftshause, Engelauer 15, Saal 8.

### Maschinenarbeiter

im Gewerkschaftshause, Engelauer 15, Saal 7.

### Modell- und Fabriktschler

um 8 Uhr bei Polzin, Gormannstr. 14.

### Bodenleger

im Gewerkschaftshause, Engelauer 15.

### Stellmacher

bei Hahn, Rosenthaler Vereinshaus, Rosenthaler Straße 57.

### Kisten- und Koffermacher

bei Baudach, Bredlauer Straße 28.

### Korbmacher

bei Eichhorn, Koppenstraße 47.

### Kammacher

bei Lehmann, Neue Friedrichstr. 1.

### Vergolder

bei Kluge, Lange Straße 53.

### Perlmutter-, Horn- u. Steinnußarbeiter

um 6 Uhr bei Ernst Thomas, Melchiorstr. 5.

### Bilderrahmenmacher

um 6 Uhr bei Natteroth, Ritterstr. 32.

### Stockarbeiter

um 5<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr bei Lehmann, Neue Friedrichstr. 1.

### Bürstenmacher

### Branchen-Versammlung

bei Preuß (Hilfselein-Kuchenschank), Polymarktstr. 65.

Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Die Statistik.

### Jalousie-Arbeiter

um 7<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr:

### Vertrauensmänner-Versammlung

um 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr:

### Branchen-Versammlung

bei Boeker, Weberstr. 17.

Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Die Statistik.

### Modell- und Fabriktschler und Modelldrechsler

### Branchen-Versammlung

bei Wilke, Brunnenstr. 188.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Bissel über: „Die Reichsversicherungsordnung“. 2. Bericht von der Generalversammlung. 3. Branchenangelegenheiten.

# Sozialdemokratischer Wahlverein d. VI. Berl. Reichstagswahlkreises

Dienstag, den 21. September, abends 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr:

## Mitglieder-Versammlung

in Obiglio Festsälen, Schwedter Str. 23/24.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen Emil Dittmer über: Neue Steuern und Schnapsbockott.
2. Diskussion.

231/1\*

Der Vorstand.

## Achtung! Schmiede. Achtung!

### 7 große öffentliche Versammlungen der Schmiede Berlins und der Umgegend

am Mittwoch, den 22. September, abends 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr:

im „Klubhaus“, Schulstr. 29; im „Osthaus“, Frankfurter Allee 106; im „Märkischen Hof“, Admiralstr. 186 und in der „Kronenbrauerei“, Alt-Moabit 47; 176/15\*

am Donnerstag, den 23. September, abends 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr:

bei Wille, Brunnenstr. 188; bei Wiethe, Schöneberg, Hauptstr. 5 und bei Roskopf, Weisensee, König-Charlottenstr. 38, abends 7 Uhr.

Tagesordnung in allen Versammlungen:

„Ist die Aufbesserung unserer wirtschaftlichen Lage notwendig?“ Referenten: die Kollegen Wadner, Haberland, Deutsch, Schlinoth, Siering.

Jeder Kollege wird ersucht, diese Versammlung zu besuchen, die ihm am bequemsten liegt, jedoch ist es Ehrenpflicht aller Kollegen, in diesen Versammlungen zu erscheinen. Kollegen, erkrankt in Massen! Kollegen Groß-Berlin! Agitiert alle für volzhäftiges Erscheinen.

Der Einberufer: W. Siering, C. 2, Stralauer Str. 48.

# Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsbüro Berlin. Hauptbureau: Col I. Amt 3, 1289. Charitstraße 3. Col III. Amt 3, 1987.

Mittwoch, den 22. September 1909, abends 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr:

## Branchen-Versammlung der Drahtarbeiter

Berlin und Umgegend im Gewerkschaftshause, Engelauer 15, Saal 8.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Mirus: „Was muß der Arbeiter vom gewerblichen Recht wissen?“ 2. Diskussion. 3. Verhandlungsangelegenheiten.

Mittwoch, den 22. September, abends 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr:

## Versammlung der Graveure u. Ziseleure

im Dresdener Garten, Dresdener Str. 45.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen H. Schütte über: „Die spanische Frage“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Mittwoch, den 22. September, abends 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr:

## Versammlung aller in den Eisengießereien beschäftigten Former und Berufsgenossen

in den Borussia-Sälen, Alterstr. 6/7.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Kollegen A. Waschick: „Die Nachmittel der Arbeiter im Kampf gegen die Ausbeutung“. 2. Unsere Lohn- und Arbeitsverhältnisse. 3. Verschiedenes.

Zahlreichen Besuch obiger Versammlungen erwartet.

Die Ortsverwaltung.

## Verband der baugewerbli. Hilfsarbeiter Deutschl.

Zweigverein Berlin und Umgegend Sektion der Rohrer.

## Achtung, Rohrer!

Dienstag, den 21. September, vorm. 10 Uhr:

## Mitglieder-Versammlung

im Gewerkschaftshause (Saal 3), Engelauer 15.

Tagesordnung: 1. Bericht der Lohnkommission über die Verhandlungen mit den Arbeitgebern. 2. Diskussion. 30/11

Volzhäftiges Erscheinen ist Pflicht eines jeden Kollegen. Mitgliedsbuch legitimiert. Ohne dasselbe kein Zutritt. Der Zweigvereinsvorstand.

## Konsumverein Charlottenburg und Umgegend

Eingetragene Genossenschaft m. beschränkter Haftpflicht.

## General-Versammlung.

Zu Punkt 6 der Tagesordnung: Antrag: Ausgabe von Gesamtanteilscheinen. Festsetzung eines bestimmten Rabattes.

Punkt 7: Mit der Berliner Genossenschaft Verhandlungen zwecks Verschmelzung beider Vereine einzuleiten.

Die Verwaltung: A. Winter, Otto Storch, Otto Flemming.

## Dachdecker-Hilfsarbeiter!

Mittwoch, den 22. September 1909, abends 8 Uhr,

bei Wilke, Brunnenstr. 188:

## Oeffentliche Versammlung aller im Dachdeckergerwerbe beschäftigten Hilfsarbeiter.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Hermann Höppner über: Die wirtschaftliche Lage und die Organisationsverhältnisse unserer Hilfsarbeiter.

2. Verschiedenes. 54/5

Kollegen und Berufsgenossen! Macht Eure Hilfsarbeiter auf diese Versammlung aufmerksam und agitiert für recht guten Besuch derselben.

Der Vorstand: J. H.: Karl Gernitz, Rixdorf, Uferstr. 15.

Schneemark



Unsere echten Biere sind überall zu haben. In Flaschen, Kannen und Syphons. Tel. VII, 4009, 89, 90.

**BÖHMISCHES BRAUHAUS**

**Billigsten Lesestoff**

für Lesefreunde bieten wir Zeitschriften, welche ich äußerst billig abgabe, um schnell zu räumen. Jahrgang 1908 u. frühere Jahrg. Dabem, Gartenlaube, Welt u. Haus, Land u. Meer, Fliegende Bl., Neues Blatt à 1,95 M.; Neugendortler, Lust. Bl. à 2,50 M.; Jugend, Simpliciss., Buch f. Alle à 3 M.; Lpz. Bl. Ztg., Universum à 3,50 M. Alle Jahrg. sind gut erhalten u. vollst. Off. gibt nur kurze Zeit. Conrad Lerch, Verz.-Buchhdlg., Schweidnitz i. Schl. B. I.



**Engelhardt**

**aramel-Bier**

Das beliebteste alkoholarme Spezialbier

Ueberall käuflich

Blaues Etikett — gesetzlich geschützt



Krankenkassen-Provinzialkonferenz.

Die Freie Vereinigung der Krankenkassen der Provinz Brandenburg hielt am Sonntag ihre fünfte Konferenz ab.

Den Geschäfts- und Kassenbericht

erstattete Simanowski. Kämpfe mit den Ärzten haben die Krankenkassen im vergangenen Geschäftsjahre nicht gehabt.

Der wichtigste Punkt der Tagesordnung betraf die Reichsversicherungsordnung.

die in Verbindung mit dem Bericht über den im Mai abgehaltenen Allgemeinen Krankenkassenkongress und dem Verbandstag der Ortskrankenkassen in Deutschland besprochen wurde.

selbe Dr. Caspar, der den Allgemeinen Krankenkassenkongress als eine einseitige Vertretung bezeichnete, nahm auch teil an der Tagung der Landesversicherungsanstalten und der Betriebskrankenkassen.

Der zweite Referent, Magnan, sprach über die Unfall-, Invaliden- und Hinterbliebenenunterstützung.

Er ermahnte die Krankenkassen, welche gewisse Artikel von Drogisten entnehmen, haben hiermit gute Erfahrungen gemacht.

Zur Diskussion meldete sich niemand, weil, wie der Vorsitzende Simanowski unter Zustimmung der Versammlung erklärte, alle Anwesenden mit den Ausführungen der Referenten einverstanden sind.

Die 5. Konferenz der freien Vereinigung der Krankenkassen der Provinz Brandenburg erklärt sich mit den Ausführungen der Referenten einverstanden.

Die Teilnehmer dieser Konferenz übernehmen die Verpflichtung, in den Delegierten- und Mitgliederversammlungen die Versicherer ihrer Kassen im Sinne der gemachten Vorschläge aufzuklären und dadurch beizutragen, daß der Entwurf der Reichsversicherungsordnung in seiner jetzigen Fassung Gesetzeskraft nicht erlangt.

Ueber die Tätigkeit des Bezirksamtes berichtete Nürnberg. Das Bezirksamt hatte acht Fälle von Tarifstreitigkeiten zu erledigen.

Albert Kohn sprach über die prophylaktischen (der Krankheit vorbeugenden) Aufgaben der Krankenkassen.

Er verwies auf ein gedrucktes Referat, welches er über diesen Punkt auf dem Ortskrankenkassenverbandstag in Bremen gehalten hat und führte aus, die Krankenkassenverwaltungen dürften sich nicht damit begnügen, daß sie ihren Mitgliedern nur die gesetzlichen Mindestleistungen gewähren.

Simanowski stellte fest, daß die Konferenz von 233 Delegierten besucht ist, welche 121 Krankenkassen mit 804 410 Mitgliedern vertreten.

Auf eine Anfrage über die Beitragsleistung beim Anschluß einer Kasse an die Vereinigung gab Simanowski Auskunft und erklärte, die Kassen, welche wegen des äußerst geringen Beitragssatzes vom Anschluß Abstand nehmen, seien in der Regel diejenigen, die am wenigsten für die Versicherten leisten.

Der Vorsitzende schloß die Konferenz mit der Aufforderung an die Vorstände, Mitgliederversammlungen zur Agitation gegen die Reichsversicherungsordnung zu veranstalten.

Vom Bierkrieg.

Dem Vorstand des Gewerkschaftsartells in Kiel ist vom Vorstand des dortigen Unternehmerverbandes ein Schreiben zugegangen, in dem die Entlassung von 60 Proz. der in der Provinz Schleswig-Holstein beschäftigten Brauereiarbeiter angebroht wird.

Zwischen Vertretern der Brauereien, den Biervereinigungen und den Vertretern der Partei und Gewerkschaften zu Frankfurt a. M. ist nach langen Verhandlungen folgende Vereinbarung getroffen worden:

Die Brauereien verpflichten sich, den Preisausschlag — und zwar rückwirkend vom 1. September — von 3 auf 2,50 M. zu vermindern und anzuerkennen, daß die Birle den Ausschank um 1 Pf. für drei Zehntel- und vier Zehntelglas und um 2 Pf. bezw. 1 Pf. für die ganze bezw. halbe Flasche erhöhen.

Eine gemeinsame Konferenz der Gewerkschaftsartelle und Parteiorganisationen aus dem Bezirk des Boykottschutzbundes rheinisch-westfälischer Brauereien, die von 71 Vertretern besucht war, nahm Sonntag in Essen zum Bierkrieg Stellung.

Die Leipziger Gastwirte haben in ihrem Kampfe mit den Brauereien einige Vorteile errungen. Mehrere ringfreie Brauereien haben sich erboten, das Bier trotz der Brauereierhöhung zu den früher ortsüblichen Preisen zu liefern.

Wasserstand-Nachrichten der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Table with 4 columns: Wasserstand, am 19. 9., seit 18. 9., and another set of columns for comparison. Lists various locations like Remel, Ullst, Uregel, etc.

Schimmel und Maden

werden sich niemals in Räumen zeigen, die mit Automorswasser gereinigt wurden. Automors ist das ungiftige und geruchlose Desinfektionsmittel.

GEHR. HEYL & Co., A.G., Charlottenburg.

So lange ich denken kann, war ich nur ein halber Mensch.

Ich bin stets müde und abgepannt gewesen, hatte, obwohl ich blutarm war, immer Nasenbluten und sah aus wie der Tod. Das ganze Jahr war ich in ärztlicher Behandlung.

Manoli Cigaretten

bleiben die besten auch für den verwöhnten Raucher.

Spezialmarken: Abbas, Dandy, Gibson Girl.

Eingeführt v. d. französisch. u. Italienisch. stant. Tabak-Regien.

Papke's Gesellschaftshaus, Weißensee, Köhlstraße 20, empfiehlt als Parteigenosse seinen Saal und Garten. Jeden Sonntag: Tanz-Reunion.

wohne jetzt Neanderstraße 2, Friedrichshagen, IV, 10021. Dr. J. Friedberg, 1034

Hygienische Bedarfsartikel. Nouvel Catalogue. H. Unger, Gummitzsch, 1034



